



A 10940
POSTVERTRIEBSSTÜCK
ENTGELT BEZAHLT

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

LIGA LIBELL 175

13. NOVEMBER 2019

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

Einladung zur Landesmitgliederversammlung

Liebe MitstreiterInnen,

der Grüne Liga Brandenburg e. V. lädt zur Landesmitgliederversammlung des Vereins am 7. Dezember 2019 ins Haus der Natur ein. Vor den formellen Teil haben wir eine Informations- und Diskussionsrunde zum Thema „Der Brandenburger Weg – Kenia, Koalition und Kredite – Zwischen Hoffnung und Skepsis“ gestellt (siehe Tagesordnung). Zwei Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen werden uns den „Gemeinsamen Koalitionsvertrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen“ vorstellen. Dipl.-Ing. Isabell Hiekel zeichnete sich im Landesamt für Umwelt (LfU) für den Moorschutz verantwortlich. Sie wurde in den neuen Landtag gewählt und saß mit am Verhandlungstisch der großen Koalition.

Dr. Michael Luthardt leitet zur Zeit das Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde (LFE) und wird wahrscheinlich in Folge der Besetzung der beiden Ministerposten in den Landtag nachrücken. Dem Koalitionsvertrag gegenübergestellt werden die „Gemeinsamen Positionen der Umwelt- und Verkehrsverbände zur Landtagswahl 2019 in Brandenburg“.

In dem sich anschließenden Gespräch soll das Spannungsfeld zwischen dem Anspruch der Umweltverbände als Sachwalter zukunftsbestimmender



Das Haus der Natur in Potsdam

Foto: Hannes Rasch

Gemeinwohlinteressen und den tatsächlichen Umsetzungsmöglichkeiten in der parlamentarischen Arbeit im Mittelpunkt stehen. Dieser Konflikt soll an ausgewählten Beispielen diskutiert werden.

Zwei Zitate könnten vorab ein Nachdenken über widersprüchliche Wege der Konfliktbewältigung anregen:

„Im politischen Leben muß man früher oder später einen Kompromiss schließen.“, so Oscar Wilde.

Und der große Philosoph Konfuzius beobachtete schon zu seinen Lebzeiten, dass „der Weise friedliebend ist,

aber keinen Kompromiss kenne, der gewöhnliche Mensch hingegen Kompromisse mache, aber nie friedliebend sei“.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um eine Anmeldung bis zum 1. Dezember per E-Mail an geschaeftsstelle@grueneliga-brandenburg.de oder telefonisch unter 0331-2015520.

Das Haus der Natur, Lindenstraße 34, 14467 Potsdam
Die Tagesordnung ist auf der nächsten Seite einzusehen.

« AKTUELLES < AKTUELLES > AKTUELLES »

AM 3. UND 4. DEZEMBER 2019 FINDEN DIE RENN.TAGE IM FORUM FACTORY -BERLIN STATT.

WWW.RENN-NETZWERK.DE

Tagesordnung der Landesmitgliederversammlung am 7. Dezember 2019

11.00 Uhr Vortrag von Dipl.-Ing. Isabell Hiekel (angefragt) und Dr. Michael Luthardt:

Inhalt des „Gemeinsamen Koalitionsvertrages“ von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen“

11.45 Uhr Vorstellung der Gemeinsamen Positionen der Umwelt- und Verkehrsverbände zur Landtagswahl 2019 in Brandenburg

12.15 Uhr Diskussion

Zwischen Hoffnung und Skepsis

- Werden die im vorliegenden Vertrag formulierten Ziele den zukünftigen Herausforderungen im Land Brandenburg gerecht?

burg gerecht?

- Wie sollten behördlicher und ehrenamtlicher Umwelt- und Naturschutz zukünftig kooperieren und ausgestaltet werden?

13.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Formeller Einstieg

- Festlegung der Moderation und der Protokollführung
- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Abstimmung der Tagesordnung

14.15 Uhr Rechenschaftsberichte

- Bericht über die Vereinstätigkeit
- Berichte aus den Mitgliedsgruppen

- Informationen aus dem Landesbüro
- Bestätigung der Gremienvertreter

15.00 Uhr Kaffeepause

15.30 Uhr Finanzbericht und Haushaltsplan

- Finanzbericht
- Bericht der Revisionskommission
- Entlastung des Landessprecherrates
- Bestätigung des Haushaltsplanes 2020

16:00 Uhr Weitere Beschlüsse

- Haus der Natur - Mietvertrag

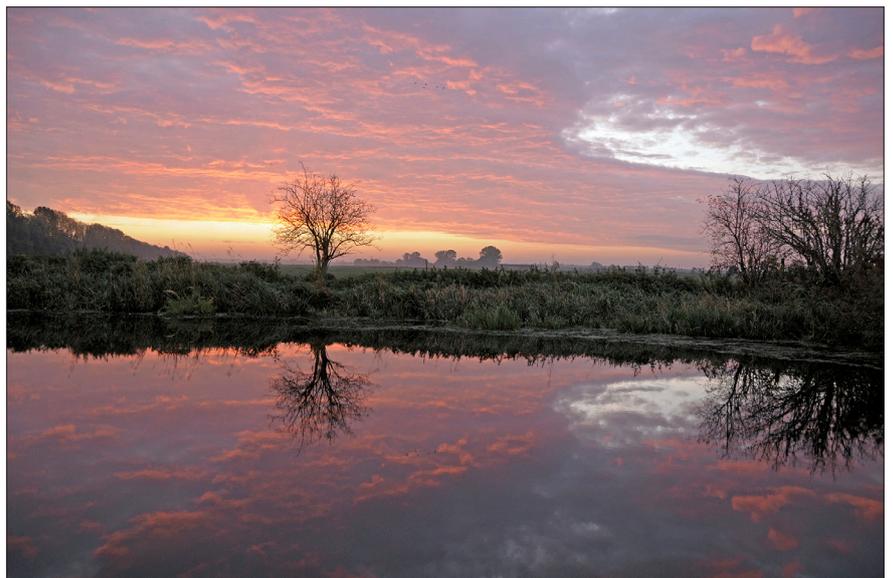
17.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Im Oberen Rhinluch

Unser schönes Naturerbe

So lautet der Titel des Naturfotobuches, das der Landschaftsförderverein Oberes Rhinluch e. V. nun in der zweiten Auflage hat drucken lassen. In nur sieben Monaten wurden fast 1.000 Bücher in

INHALT	
SEITE 1	Landesmitgliederversammlung des Grüne Liga Brandenburg e. V.
SEITE 2	Im Oberen Rhinluch Unser schönes Naturerbe
SEITE 3	Ungerechtigkeit im Treibhaus oder die Freiheit der Anderen
SEITE 10	Verkehrswende in Brandenburg in Fahrt bringen
SEITE 11	Fridays for Future Brandenburg stellt die Gretchenfrage
SEITE 13	Nachhaltigkeit als Richtschnur in die Landespolitik
SEITE 17	Kampf ums Wasser (Teil 1)



Sonnenaufgang mit Blick auf das Naturschutzgebiet „Oberes Rhinluch“

Foto: Detlef Hase

der Region und bundesweit per Postversand verkauft. Das 224 Seiten umfassende Buch in dem schönen Format 28 x 24cm hat 32 Kapitel, in denen über die Naturbesonderheiten der Region berichtet wird. Schöne Bilder sagen oft mehr als 1.000 Worte, deshalb werden die 32 Texte durch 240 teils großformatige Naturfotografien ergänzt. Anlass für diese, für einen Landschaftsförderverein eher außergewöhnliche Veröffentlichung, sind zahlreiche Probleme in der Region. Die intensive Landwirtschaft mit ihren großen Mais- und Rapsfeldern und den

überdüngten Grünlandflächen lässt immer weniger Raum für die einheimische Flora und Fauna. Zugleich nimmt in der Gesellschaft das Wissen über die einheimische und schützenswerte Tier- und Pflanzenwelt immer mehr ab. Und der Naturschutz gerät auch noch in schwierige Konflikte mit dem Klimaschutz, wenn zahlreiche Windräder in den Wald gestellt oder große Solaranlagen im Kranichrastgebiet Rhin-/Havelluch errichtet werden sollen, das als europäisches SPA-/Vogelschutzgebiet internationale Bedeutung hat. Hinzu kommt, dass dem ehrenamtlichen Na-

turschutz die Kräfte schwinden, denn die aktiven Vereinsmitglieder werden immer älter und es fehlen jüngere Kräfte, die das kompensieren.

Diese Problemlage hat uns auf die Idee gebracht, in einer Zeitungsserie über fast zwölf Monate alle 14 Tage regelmäßig über ein Naturthema aus der Region zu berichten. Und dann lag der Gedanke, aus der Artikelserie ein schönes Buch zu machen, ziemlich nahe. Zehn Mitglieder unseres Vereins haben ein Fotografen- und Redaktionsteam gebildet und das Buch kostenlos mit ihren Texten und Fotos befüllt. Von Beginn an war uns klar, dass wir an diesem Buch nicht verdienen wollen, sondern es sollte kostendeckend für unsere Naturschutzanliegen und für unsere ehrenamtliche Naturschutzarbeit werben. Deshalb bieten wir es unverändert für nur 12 Euro an.

Wir berichten über die Niedermoorlandschaft, über Wintergäste wie Wildgänse und Singschwäne, über unsere Amphibien, über die moortypische Flora wie z. B. Kuckuckslichtnelke, Wasserdost und Schwanenblume. Natürlich spielt auch die Rhinluch-Vogelwelt eine große Rolle. So schreiben wir über die gefährdeten Wiesenbrüter wie z. B. Kiebitz und Braunkehlchen und stellen seltene Singvögel wie Beutelmeise und Bartmeise vor. Den Greifvögeln Seeadler, Fischadler, Rotmilan und Turmfalke sind jeweils eigene Kapitel gewidmet. Auch der Wiedehopf, der am Rande des Rhinluchs inzwischen ziemlich zahlreich brütet, wird nicht vergessen. Drei Kapitel berichten über



Haubentaucher im ersten Morgenlicht

Foto: Karl Heinz Sass

die Frühjahrskraniche im Zugstau, über die bei uns brütenden Kraniche und selbstverständlich über die spektakuläre Herbststrast der Kraniche. Und ein Kapitel ist den schlanken Silberreiher gewidmet, die im Spätsommer auch immer zahlreicher zu uns ins Luch kommen. Nicht zu kurz kommen auch die kleineren Lebewesen, denn wir schreiben ebenfalls über die zahlreichen Insekten, die im Lebensraum Sandtrockenrasen zu finden sind, sowie über ortstypische Schmetterlings- und Libellenarten. Und zum gewässerreichen Rhinluch gehören natürlich auch der Eisvogel und der Biber.

So bietet das Buch einen guten Überblick über unsere einheimische Flora und Fauna. In vielen Kapiteln berichten wir zugleich über den immer größer

werdenden Schutzbedarf und erforderlichen Schutzaktivitäten. Der Wassernotstand in den letzten beiden Jahren zeigt, wie notwendig es ist, in unseren Niedermoorgebieten das Wasser in der Landschaft zu halten, anstatt das kostbare Nass im Frühjahr möglichst schnell über die ausgeräumten Gräben abzuleiten. So hoffen wir, mit dem Buch auch anderen am Naturschutz interessierten Menschen viele Anregungen geben zu können.

Das Buch kann beim Landschaftsförderverein direkt über die E-Mail-Adresse naturerbe@oberes-rhinluch.de bestellt werden. Zum o.g. Verkaufspreis müssen wir derzeit 4,50 Euro für Verpackung und Porto berechnen, wir hoffen auf Ihr Verständnis.

■ Detlef Hase

Ungerechtigkeit im Treibhaus oder die Freiheit der Anderen

Unsere „imperiale“ Wirtschafts- und Lebensweise enteignet die Armen und Schwachen dieser Welt und alle kommenden Generationen. Sie überlastet und destabilisiert das Klima- und Erdsystem und gefährdet damit den Fortbestand des Lebens und das Überleben der Menschheit.

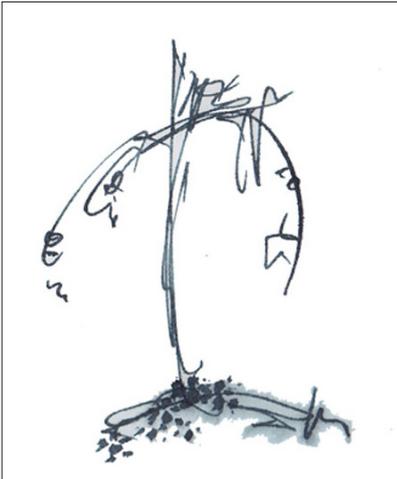
Vier Jahre nach der historischen Pariser Klimakonferenz muss eine verheerende Bilanz der weltweiten klimapolitischen Bemühungen gezogen werden. Die Welt steuert ungebremst, ja sogar beschleunigt auf eine globale Katastrophe zu.

Die Jahre 2015 bis 2019 signalisierten mit weltweiten Hitzewellen und Dürren, austrocknenden Flüssen und verheerenden Waldbränden eine beschleunigte globale Erwärmung. Die weltweiten CO₂-Emissionen sind im Jahr 2017 um 1,7% und im Jahr 2018 sogar um über 2 % gestiegen (Weltklima 2015-2019; Der Klimawandel beschleunigt sich, oekonews.at, 22.09.2019).

Die Erderwärmung ist dabei, sich zu verselbständigen und selbst zu verstärken und dürfte bald nicht mehr zu stoppen sein.

30 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR ist viel von der Freiheit die Rede, die damals erkämpft wurde oder triumphal Einzug hielt – wie auch immer man das sehen will. „Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“, nach Rosa Luxemburg, erwies sich als wahrer Spreng-„Satz“, der das labile System erschütterte und zum Einsturz brachte. Heute ist die Freiheit wieder bedroht und es ist höchste Zeit, uns zu erinnern: Die Freiheit ist immer die Freiheit der Anderen.

Die Freiheit aller kommenden Gene-



Ein vergifteter Baum

Illustration: Kathrin Fahrnez

rationen steht mittlerweile auf dem Spiel, denn unsere angemaßte und missbrauchte Freiheit bedeutet nicht weniger als ihre künftige Unfreiheit. Wir schaffen Tatsachen, die von den kommenden Generationen nicht wieder korrigiert werden können und ihre Lebensmöglichkeiten und Handlungsspielräume auf ein Minimum reduzieren.

Unsere derzeitige verschwenderische Wirtschafts- und Lebensweise ist angesichts der drohenden Gefahren völlig absurd, unsittlich, ja verbrecherisch und bedroht das Leben der Armen und Schwachen dieser Welt und das der vielen Milliarden Menschen, die noch nach uns auf der Erde leben wollen.

Allein die jährlichen Staus in Deutschland reichen 38-mal um die Erde und unsere CO₂-Emissionen betragen mehr als das Zehnfache dessen, was der schwer geschädigte deutsche Wald noch aufnehmen kann.

Unsere angeblichen Freiheitsrechte auf Reichtum, Konsum und Mobilität gefährden die grundlegenden Menschenrechte unserer Kinder und Enkel auf Leben und Gesundheit, denn durch unser Nichthandeln versäumen wir gerade die letzte Möglichkeit für eine Begrenzung der Klimakatastrophe. Das ist nicht nur verantwortungslos und ungerecht, sondern ein Verbrechen – begangen ohne Not.

Die Tatsache, dass wir vor den Anderen leben, gibt uns nicht das Recht, ihr Leben unmöglich zu machen. Schon Kants kategorischer Imperativ forderte: „Handle so, dass Dein Handeln Maßstab für das Handeln aller sein kann.“ Die Maßstäbe, die wir setzen sind nicht verallgemeinerbar, da sie die planetaren

Grenzen missachten und die Grundlagen des Lebens zerstören.

Wir wissen längst, dass unsere Wirtschafts- und Lebensweise nicht für alle möglich ist, heute nicht und noch weniger in der Zukunft, trotzdem halten wir nach wie vor selbstverständlich daran fest. Wir wissen auch, dass wir möglicherweise gerade irreversibel das Klima destabilisieren und andere Kulturen und die Biosphäre zerstören und trotzdem geht alles so weiter wie bisher. Ein zynischer Spruch spitzt es so zu: „Und wenn morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch einen SUV kaufen.“

Die Freiheit, die wir uns heute herausnehmen, werden die nach uns Kommenden nicht mehr haben. Doch was kümmert uns die Freiheit der Anderen...? Offenbar nichts, selbst wenn es sich um unsere Kinder, Enkel und Urenkel handelt. Wir lassen Ihnen faktisch keine Wahl, selbst zu entscheiden, ob und wie sie leben wollen. Sie haben die Freiheit zu protestieren, – immerhin – und die Politik hat die Freiheit ihre Proteste zu ignorieren.

Die westliche Freiheit war schon immer exklusiv und sie wird immer exklusiver. Wurde früher nur der Süden ausgeschlossen, die Indianer, die „Neger“, der Jude und die Frau, wird jetzt die gesamte Zukunft der Barbarei eines archaischen Überlebenskampfes überlassen und so zum rechts- und kulturfreien Raum, in dem unsere Werte und Normen keine Gültigkeit mehr haben. Wir machen unsere Enkel und Urenkel zu Menschen zweiter Klasse, deren unangenehmes Leiden und Sterben in einer entfesselten, lebensfeindlichen Welt wir uns lieber gar nicht vorstellen wollen. Nicht nur, dass wir sie faktisch enteignen und der Möglichkeit künftiger selbstbestimmter Lebensgestaltung berauben, wir berauben sie auch unseres Mitgefühls und unserer Solidarität, – wir verraten sie und lassen sie allein. Was ist das für eine Freiheit?

Wenn wahre Freiheit die Freiheit der Anderen impliziert, dann kann es sie ohne Gerechtigkeit nicht geben, die Leben und Freiheit zulässt, um uns und nach uns. Eine exklusive Freiheit nur für uns, die die Freiheit der Anderen ausschließt, ist unmöglich, da dies nicht nur das Ende der Freiheit, sondern auch das Ende des Lebens bedeuten würde. Mit dem weiteren Ausleben unserer

vermeintlichen Freiheit, mit einem „Weiter so“, würden wir den Planeten unwiderruflich in eine lebensfeindliche Heißzeit befördern und die Lebensgrundlagen für alle kommenden Generationen vernichten. Das ist die Konsequenz unseres jetzigen Handelns, und keine Generation nach uns kann dies wieder rückgängig machen. Wie ungerecht.

Wir sind längst Richter und Henker – ohne das Recht dazu zu haben; wir sind es, ohne es zu wollen und ohne die ungeheure Verantwortung, die da plötzlich auf unseren Schultern liegt, wirklich begriffen zu haben.

Die Frage der Gerechtigkeit hat inzwischen eine zentrale Bedeutung. Angesichts der Klimaproteste, der drohenden Vielfachkatastrophe (siehe Götz Brandt, *Leben in der Vielfachkatastrophe*, 2013) und der absehbar wachsenden Flüchtlingsströme, bei gleichzeitig zunehmender Besitzstandswahrender Wagenburgmentalität, stellt sich drängender denn je die Frage nach einer gerechten, zukunftsfähigen Gesellschaft.

Die Erklärung der Menschenrechte ist bekanntlich eine allgemeine und ihre Gültigkeit ist nicht zeitlich befristet. Gerechtigkeit bedeutet demnach gleiche Menschenrechte für alle – das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gilt auch für die Armen und Schwachen dieser Welt und für alle kommenden Generationen. Sie haben dasselbe Recht zu leben und die Güter und Leistungen der Erde in Anspruch zu nehmen, wie wir.

Eine so verstandene Gerechtigkeit bedeutet, dass wir nicht das Recht haben, die Rechte der Anderen zu beeinträchtigen und der uns eigentlich zustehende gerechte Anteil nur ein Bruchteil dessen wäre, was wir uns bisher aneignen und angeeignet haben. Angesichts der Klimakatastrophe gilt es zu erkennen, wie weit wir im Falschen sind und dass das westliche, fossilexpansive Wachstumsprojekt eine evolutionäre Fehlentwicklung ist, die den Fortbestand der Menschheit bedroht. Der Weg zur Veränderung beginnt damit, dass die westlichen Verschwendungsgesellschaften endlich ein Unrechtsbewusstsein entwickeln und sich der wirklichen Dimension, der von ihnen verursachten Naturzerstörung und Überlastung bewusst werden.

Nicht nur die Emissionen, auch unser

Energie- und Stoffumsatz muss sich schnellstmöglich um etwa den Faktor zehn reduzieren. Doch der übermächtige fossil-mobile, militärisch-monetäre, globalisierungsorientierte und wachstumsfixierte Machtkomplex in Wirtschaft und Politik blockiert seit 25 Jahren das notwendige, grundlegende Umsteuern und will auch jetzt noch einfach weitermachen wie bisher.

Das Zeitfenster hat sich fast geschlossen.

„Ohne schnelle Reduktion von CO₂ und anderen Treibhausgasen wird der Klimawandel immer zerstörerischer und hat immer mehr irreversible Folgen für das Leben auf der Erde“, sagt der Chef der Weltmeteorologie-Organisation (WMO) Petteri Taalas. „Das Zeitfenster, in dem wir etwas tun können, hat sich fast geschlossen“.

„... Es ist längst zu erkennen, dass wir selbst bei Erfüllung des Pariser Klimavertrages auf eine Erderwärmung um drei bis vier Grad zusteuern“, meint Klaus Wiegandt, Vorstand der Stiftung „Forum für Verantwortung“. Dass diese „halbherzige Klimapolitik weiterhin ungestraft“ möglich ist, „liegt vor allem an der Unkenntnis breiter Bevölkerungsschichten über die bedrohlichste Folge eines ungebremsten Klimawandels, ... großflächige Ernteausfälle auf allen Kontinenten. Der Kampf um Nahrung und Wasser wird bald zum Alltag gehören – auch in Europa.“ (Die Zeit ist reif, Anzeige in DIE ZEIT 17, 17.04.2019). Verbesserte Klimamodelle prognostizieren inzwischen sogar eine Erderwärmung von fünf Grad und mehr („Raum für böse Überraschungen“, DIE ZEIT, 25.04.2019). Der Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre ist bereits so hoch, wie vor etwa drei bis fünf Millionen Jahren im Pliozän, wie Potsdamer Forscher nachweisen konnten (Kohlendioxid-Gehalt so hoch wie seit drei Millionen Jahren nicht, SPIEGEL ONLINE, 08.04.2019). Damals gab es einen Kohlendioxidgehalt von etwa 400 ppm (parts per million) und es war 3-4 Grad wärmer. Grönland war eisfrei und der Meeresspiegel war 15-20 Meter höher. Und der CO₂-Gehalt der Atmosphäre steigt unablässig weiter, so dass sich die Welt mit einer erdgeschichtlich beispiellosen Geschwindigkeit sogar auf noch sehr viel höhere Temperaturen zubewegt. Neben den ungebremsten menschlichen Emissionen treiben ja

auch die weiter abnehmenden Kapazitäten der natürlichen Kohlenstoffsinken (schwindende Wälder sowie wärmer und saurer werdende Ozeane) und die zunehmende Freisetzung von Treibhausgasen durch den auftauenden Permafrost und brennende und verrottende Biomasse den CO₂-Gehalt der Atmosphäre immer weiter in die Höhe. Die veränderte atmosphärische Zirkulation beschleunigt offensichtlich die Austrocknung der Vegetation und die abnehmende Wärmerückstrahlung (Albedo) aufgrund schwindender Eisflächen verstärkt die Erderwärmung zusätzlich. Weitere Kippelemente im Klimasystem könnten die Entwicklungen bald unumkehrbar machen.

„Um den globalen Temperaturanstieg bei zwei Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu stoppen, muss der Ehrgeiz verdreifacht werden. Und um die Erhöhung auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssen die geplanten Reduzierungen der Treibhausgase mit fünf multipliziert werden“, meinte WMO-Generalsekretär Petteri Taalas, Co-Vorsitzender der Science Advisory Group anlässlich des UN-Klimagipfels in New York (siehe Weltklima 2015-2019).

Insofern müssen alle bisherigen „Selbstverpflichtungen“ zur Emissionsreduzierung und alle klimapolitischen Planungen als völlig unzureichend revidiert und entschieden verschärft werden. Fridays for Future fordern Null Emissionen bis 2035 (Fridays for Future, Schüler stellen Forderungen – Wissenschaft stimmt zu – FOCUS Online, 08.04.2019) und Extinction Rebellion fordern in einer Petition an den Bundestag die Ausrufung des „Klimanotstands“ und Null Emissionen sogar bereits bis 2025, was physikalisch völlig begründet und notwendig ist.

Es geht inzwischen eigentlich längst nicht mehr darum, wie viel wir noch emittieren dürfen, sondern darum, wie wir das viele CO₂ in der Atmosphäre schnellstmöglich wieder auf weit unter 350 ppm verringern können, um irreversible Prozesse im Klimasystem noch zu verhindern. Eine Aufgabe, die man unverantwortlicher Weise den kommenden Generationen überlassen will, während die Gegenwart die Lage immer weiter verschlimmert.

Alles läuft inzwischen auf einen „Disastrous Climate Change“, einen katastrophalen Klimawandel hinaus,

den es laut Artikel 2 der völkerrechtlich verbindlichen Klimarahmenkonvention (UNFCCC) gerade zu verhindern gilt. Das Risiko der Zerstörung der Lebensräume von Milliarden Menschen, aus kurz- und mittelfristigen Macht- und Profitinteressen in Kauf zu nehmen und das Klima- und Erdsystem möglicherweise irreversibel zu destabilisieren, ist ein Verbrechen an der Zukunft der Menschheit.

Der Totalitarismus der Gegenwart auf Kosten der Zukunft

Seit der Umwelt- und Klimakonferenz in Rio im Jahr 1992 hat sich das weltweite Bruttoinlandsprodukt mehr als verdreifacht und die weltweiten CO₂-Emissionen und die Zahl der Autos haben sich verdoppelt. Weltweit wächst der Wohlstand, doch dieses Wachstum wird zunehmend zu einer Bedrohung für das Leben. Wir verbrauchen die Substanz des Planeten, ohne dass diese sich noch regenerieren kann.

Unsere derzeitige Wirtschafts- und Lebensweise ist bekanntlich eine exklusive „imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand/Markus Wissen, Imperiale Lebensweise, 2017), die auf der Ausplünderung und Ausbeutung des Planeten und des Südens beruht und die Folgen in Form von Abfällen und Treibhausgasen exportiert bzw. externalisiert. Doch der Zugriff des „weißen“ Imperiums ist total, er beschränkt sich nicht auf die Gegenwart, er umfasst auch die Vergangenheit und sogar die Zukunft. Die in Jahrillionen akkumulierten Leistungen der Biosphäre, endliche Rohstoffe und Brennstoffe, werden ohne Rücksicht auf die Interessen und Rechte der kommenden Generationen verbraucht und künftiger Nutzung entzogen. Die Gegenwart überlastet dabei die Gemeinschaftsgüter (Commons) der Erde (z. B. die Wälder und Ozeane als Kohlenstoffsinken) sogar derartig, dass sie ihre Leistungsfähigkeit verlieren, womit die Zukunft nicht nur enteignet, sondern faktisch unmöglich gemacht wird. Wir verprassen also nicht nur in einer beispiellosen Verschwendungsorgie, was für alle und tausende von Jahren reichen könnte und sollte; nein damit nicht genug, wir zerstören sogar, wahrscheinlich irreversibel, die Reproduktionsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen, also die Fähigkeit der Biosphäre, Kohlendioxid aufzunehmen, die Temperatur zu regulieren

und Sauerstoff zu produzieren und ausreichende Biomasse als Grundlage der Nahrungsketten, um nur einiges zu nennen. Es droht der baldige, weitgehende Kollaps der lebenserhaltenden Biosphäre.

Alexander Gerst sah aus seiner Raumstation im Sommer 2018 ein braun und gelb verfärbtes Europa und meinte: „Wenn ich auf den Planeten Erde hinunterschaue, dann denke ich, dass ich mich bei euch entschuldigen muss, weil wir, meine Generation, unseren Planeten nicht im besten Zustand hinterlassen werden...“. Was sehr zurückhaltend formuliert ist, aber zumindest die Ahnung enthält, dass gerade Unrecht geschieht und Rechte verletzt werden. Es offenbart sich ein weiteres fatales Demokratiedefizit – nicht nur der globale Süden und die Natur befinden sich in einem weitgehend rechtlosen und ungeschützten Zustand, sondern auch die kommenden Generationen. Man könnte von einem Totalitarismus der Gegenwart auf Kosten der Zukunft sprechen, da die Zukunft bisher im System quasi nicht vorkommt, denn „Die Zukunft flüstert, aber die Gegenwart brüllt“ – zumindest war es bisher so. Es ist keineswegs so, dass die Zukunft die Gegenwart bedroht, wie manche meinen und dabei Ursache und Wirkung verwechseln, sondern unsere naturvergessene Gegenwart vernichtet gerade das Leben und die Lebensgrundlagen und damit die Zukunft der Menschheit. Die bisher von keinerlei Unrechtsbewusstsein getriebene Zukunftsvision der Sachwalter der Gegenwart ist eine zeit- und raumgreifende Verlängerung und Ausdehnung der Gegenwart und der Kapitalakkumulation ins Unendliche, ein exponentielles Wachstum des Existierenden. Doch das ist völlig unrealistisch, das ist eine negative Utopie, für die kein Platz auf der Erde ist und die das Leben bedroht.

Die Megamaschine frisst ihre Kinder

Doch die im Inneren des megamashinellen Getriebes zunehmend herrschende Gefühls- und Schmerz-unempfindlichkeit und eine wachsende Entfremdung vom Lebendigen bewirken, dass der unübersehbar fortschreitende Verlust des Lebens und selbst die drohende Überlebenskrise der eigenen Gattung kaum bemerkt werden.

Nicht zufällig sind es junge Menschen, die ja noch lebendig, empfindend und

weniger gepanzert sind, die „for Future“ demonstrieren, während die Älteren eher ihre Besitzstände in der Gegenwart bewahren wollen.

Greta Thunberg: „Unsere Zivilisation wird dafür geopfert, dass eine sehr kleine Anzahl von Menschen weiterhin enorme Mengen von Geld machen kann. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Menschen in Ländern wie meinem in Luxus leben können. Es sind die Leiden der vielen, die für den Luxus der wenigen bezahlen.“

Die Gegenwart bietet den kommenden Generationen einen denkbar schlechten „No-Future-Deal“ an: „Ihr kauft weiter unsere Sachen und spielt weiter unsere Spiele und wir hinterlassen euch dafür die Erde als Wüste, mit nicht mehr allzu vielen Vorräten. Aber natürlich habt ihr die Freiheit in der Wüste nach Wasser zu bohren und Bäume zu pflanzen – vielleicht bringt ihr das Klima ja wieder in Ordnung...“

Vielleicht aber auch nicht. Der frühere US-Außenminister John Kerry sprach auf der Münchner Sicherheitskonferenz von einem „gemeinsamen Selbstmordplan“, den die Welt verfolgen – da nicht das getan werde, „was getan werden muss“ („Das ist ein gemeinsamer Selbstmordplan“, Klimareporter, 17.02.2019).

Doch man muss es mal beim Namen nennen: Was hier ins Werk gesetzt wurde und wird ist weder ein unvermeidbares Unglück und auch kein gemeinsamer Selbstmordplan, sondern fahrlässige, wenn nicht gar vorsätzliche Tötung. Man kann den Milliarden Armen dieser Erde, die kaum zum Klimawandel beigetragen haben, und den kommenden Generationen (zumindest den noch Ungeborenen) kein Einverständnis mit diesem Wahnsinn unterstellen, wie die weltweiten Klimademonstrationen und eine anwachsende Flut von Klimaklagen belegen (siehe: Anne Kling, „Klimawandel und Menschenrechte – können es die Gerichte richten?“, Heinrich-Böll-Stiftung, 05. März 2019). Es handelt sich bei der aus niedrigen Beweggründen, wie Gier, Macht- und Besitzstreben, herbeigeführten Klimakatastrophe nicht nur um eine Menschenrechtsverletzung größten Ausmaßes, sondern in letzter Konsequenz um den größten Massenmord der Geschichte, denn Politik und Konzerne wussten und wissen seit 30

Jahren, was sie tun und welches Risiko sie in Kauf nehmen (Benjamin Franta, „Sie wussten, was sie tun“ Blätter, 11'18). Doch nicht nur die Politik und die fossilen Großkonzerne, wir alle wissen und ahnen seit langem, was wir tun. Und wir alle sind in der Verantwortung dafür, dass das Leben weitergeht und weitergehen kann. Wir haben die Älteren seinerzeit gefragt: „Wie konntet ihr die Verbrechen der Nazizeit zulassen ihr habt es doch gewusst, ihr konntet es wissen...“ Unsere Kinder und Enkel fragen uns heute wieder: „Wie konntet und könnt ihr die Klimakatastrophe und die Zerstörung der Lebensgrundlagen zulassen? Ihr wart und seid doch bestens informiert über die Zerstörungen und die Veränderungen überall. Ihr kennt den Preis Eures Wohlstands und Eurer Bequemlichkeit. Und ihr lebt in keiner Diktatur... Wie könnt ihr es zulassen?“ Wir können es nicht zulassen! „Wo Recht missachtet wird und Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Die protestierenden Schüler und Studenten (Fridays for Future) haben alles Recht der Welt, im Namen all der kommenden Generationen dem Wahnsinn des „Weiter so“ Einhalt zu gebieten und ihr Lebensrecht zu verteidigen. Sie stellen die unabwiesbaren Fragen, die wir jetzt beantworten müssen. Wir haben die Pflicht, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen und alles Menschenmögliche zu tun, um die Erde im „grünen Bereich“ zu halten. Jede Affirmation des Bestehenden ist inzwischen eine Affirmation der Katastrophe, – es gilt, den notwendigen Bruch mit der zerstörerischen Kontinuität des „Weiter so“ zumindest zu denken.

Ungerechtigkeit im Treibhaus

Die Erde befindet sich auf dem Weg in eine beispiellose Klimakatastrophe, mit Folgen, deren Ausmaß wir bisher nur ansatzweise überblicken und die weder beherrschbar noch rückgängig zu machen sein werden.

Die Indianer haben die Folgen ihres Tuns bis in die siebente Generation bedacht. Wir haben uns dagegen bisher das Zehnfache dessen genommen, was uns zugestanden hätte, weil es so billig war, und haben entsprechend viele Abfälle und Treibhausgase verursacht. Wenn wir nur die Rechte und Ansprüche der nächsten drei Generationen beachten würden, dann dürften wir nur noch ein Viertel des Jetzigen verbrauchen und

emittieren und Energie und Rohstoffe müssten viermal so teuer sein. Unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit hätten die westlichen Industrieländer längst kein Recht mehr auf irgendwelche Treibhausgasemissionen. Deutschland zum Beispiel hat bereits mehrere hundert Millionen Autos auf die Welt losgelassen und damit sein Mobilitätsbudget längst ausgeschöpft. Auf jährlich etwa 800.000 Neugeborene in Deutschland, kommen ca. 12 Millionen von deutschen Autokonzernen weltweit hergestellte Autos – das ist ein Verhältnis von 1:17. Global haben wir ein Verhältnis von 1:1 – auf jährlich 80 Millionen neue Erdenbürger kommen etwa 80 Millionen neue Autos, was natürlich auch nicht klimafreundlich oder zukunftsfähig ist. Ein Verhältnis von 1:17 allerdings ist bereits nekrophil, es bezeugt nicht nur ungeheuren Reichtum, sondern auch das ungeheure Missverhältnis zwischen dem Leben und toten Dingen in unserer Gesellschaft. Es zeigt die wachsende Übermacht des Toten und eine nekrophile Tendenz gegen das Leben. Das Anthropozän (Zeitalter des Menschen) erweist sich auch hier zusehends als Nekrozän (Zeitalter des Todes und des Toten).

Mit unserem exzessiven Energie- und Rohstoffverbrauch haben wir bisher bereits ungeheuren Schaden angerichtet und von der Substanz gelebt und damit eigentlich unbezahlbare Schulden (z. B. in Form von Treibhausgasemissionen) zu Lasten unseres Heimatplaneten, der Armen dieser Welt und der kommenden Generationen aufgehäuft. Alle Konten sind längst überzogen, alle Senken überlastet, jeder Kredit bei der Natur ist aufgebraucht und der ruinöse Bankrott des ganzen Systems Erde ist schon sehr bald unvermeidlich, was langfristig Milliarden Menschen das Leben kosten und zur weitgehenden Auslöschung des Lebens auf der Erde führen wird. Verbrauch und Emissionen müssen sich in kürzester Zeit auf ein Zehntel reduzieren. Dies wird nur möglich sein, wenn die Energie- und Rohstoffpreise sehr bald die vielfache Übernutzung und Überlastung der Natur widerspiegeln und die Freisetzung von Treibhausgasen nicht mehr faktisch kostenlos ist. Was zu billig ist, wird verschwendet und hat scheinbar keinen Wert. Und die fossilen Brennstoffe und viele Rohstoffe waren und sind viel zu billig, denn die



Hänsel und Gretel mit Bronchitis im Wald

Karikatur: Kathrin Fahrnez

Nebenwirkungen und Risiken ihrer Förderung und Nutzung (Verbrennung) und die daraus resultierenden verheerenden Folgekosten sind nicht in den Preisen enthalten.

Auch das Emittieren von CO₂ ist viel zu billig, obwohl es uns und die Generationen nach uns so teuer zu stehen kommen wird (eine Tonne CO₂ verursacht laut Umweltbundesamt Schäden in Höhe von 180 Euro. „Hohe Kosten durch unterlassenen Umweltschutz“, Umweltbundesamt, PM Nr. 37/2018 vom 20.11.2018). Mit ihrem geplanten, völlig absurden Einstiegspreis von nur zehn Euro pro Tonne CO₂, das ist etwa ein Drittel des derzeit aktuellen Preises im europäischen Emissionshandel, belegt diese Bundesregierung erneut eindringlich, wie weit sie mit

ihrer symbolischen Klimapolitik von der Realität der Klimakatastrophe und den berechtigten Forderungen der Klimabewegung und der Wissenschaft entfernt ist und wessen Interessen sie wirklich vertritt. Diese Regierung steht für die Verlängerung der Vergangenheit und nicht für die Ermöglichung der Zukunft.

Wir werden bald feststellen, dass der Ausfall vieler Leistungen der Biosphäre nicht wieder gutzumachen sein wird. Ohne intaktes Leben, also ohne eine funktionierende, die Lebensvoraussetzungen aufrechterhaltende Biosphäre, ist aber die weitere dauerhafte Existenz der Menschheit nicht möglich. Neben der Destabilisierung vieler biogeochemischer Regelkreise des Systems Erde, droht auch ein vielfacher Peak

Everything, nicht nur beim Öl, sondern z. B. auch bei Wasser, Böden, Holz und Phosphor, der ein „Weiter so“ wie bisher schon bald unmöglich machen und die Armen zuerst und am härtesten treffen wird.

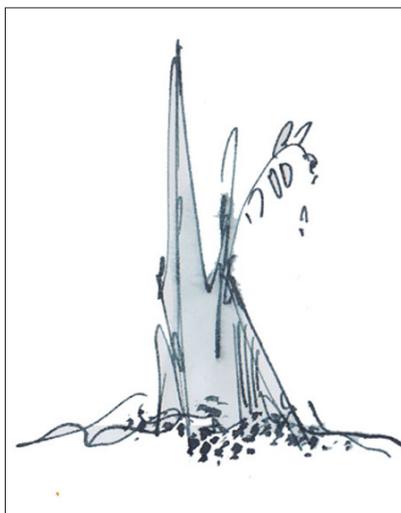
Indem wir ihre Leistungsfähigkeit zerstören und ihre Ressourcen verbrauchen, entwerten wir die Natur, womit wir gleichzeitig die Schwachen und ohnehin Armen dieser Welt und alle kommenden Generationen enteignen und zu Elend und Tod verurteilen.

Die Armen sterben zuerst

Noch können wir uns für das Leben entscheiden, aber wenn wir weiter machen wie bisher, entscheiden wir uns für den Tod. Nicht für unseren eigenen, wozu wir ja das Recht hätten, sondern für den Tod sehr vieler Menschen in den armen Ländern und für den Tod, besser das Nicht-mehr-leben-Können der künftigen Generationen und für den Tod des Planeten Erde, der möglicherweise in einen leblosen Zustand übergehen wird. Dazu haben wir kein Recht, das ist ein Verbrechen!

Ein amerikanischer Professor verkündet in National Geographic der Herren eigenen, sozialdarwinistischen Geist: „Durch den Klimawandel wird sich die Weltbevölkerung um 3-4 Milliarden Menschen verringern – dann haben wir kein Klimaproblem mehr!“ Das menschenverachtende 20. Jahrhundert war offensichtlich nur ein Vorspiel.

Allerdings ist das eine doppelt falsche Einschätzung, denn einmal verursachen nicht die afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Kleinbauern die Klimakatastrophe und zum anderen



Ein vergifteter Baum

Illustration: Kathrin Fahrnez

würde eine irreversible, sich selbst verstärkende Erderwärmung, auch die Villa des Professors erreichen.

Nicht Elend und Not von zwei Dritteln der Menschheit, sondern Verschwendung und Gier von einem Drittel sind die Hauptursache der planetaren Krise. Gandhi sagte: „Die Erde hat genug für den Hunger aller Menschen, aber nicht genug für die Gier einiger.“ Doch die Armen sterben zuerst.

So werden laut einer Studie des Massachusetts Institut of Technology (MIT) mehrere hundert Millionen Menschen in Indien, Pakistan und Bangladesch bis zum Ende des Jahrhunderts ihre Heimat verlieren, weil diese nicht mehr bewohnbar ist. Man stirbt beim Aufenthalt im Freien aufgrund der Hitze und der hohen Luftfeuchtigkeit. Die Bauern können also ihre Felder nicht mehr bewirtschaften und haben die Wahl zwischen Verhungern und Hitzschlag, da sie sich eine Umsiedlung nicht leisten können. Weite Landstriche werden darüber hinaus durch den Anstieg der Meere unbewohnbar werden (Bangladesch). Das weltweite Abschmelzen der Gletscher gefährdet zudem die Wasserversorgung von vielen hundert Millionen Menschen in Asien, Südamerika, aber auch in Europa.

Der Weltklimarat schreibt zu den Folgen der Klimakatastrophe: „In reicheren Gesellschaften (ein Fünftel der Menschheit verfügt über 85% des weltweiten BIP), geht es anfangs eher um den Verlust ökonomischer Werte, in ärmeren, um starke Beeinträchtigungen der Gesundheit und den Verlust des Lebens ...“

Nach Angaben der UNO sind alleine in Afrika 700 Millionen von 1,1 Milliarden Einwohnern durch den Klimawandel in ihrer Existenz gefährdet. Die Menschen, die kaum zum Klimawandel beigetragen haben, können ihm nicht entkommen und sich nicht vor ihm schützen und sterben zuerst – wie ungerecht.

Dass die reichen Länder Elend und Tod von zig Millionen Menschen als Kollateralschaden ihres unveränderten „Way of life“ in Kauf nehmen, sollte der vielbeschworenen westlichen „Wertegemeinschaft“ wenigstens bewusst sein. Die westlichen Herrschaftseliten meinen offenbar tatsächlich, den Krieg mit der Natur gewinnen zu können. Schon jetzt baut man die Deiche höher und auch die Mauern und Zäune an

den Grenzen.

Man will die Klimakatastrophe, aber auch ihre Folgen – das Elend und die Not von 2/3 der Menschheit – aussperren, obwohl man sie selbst verursacht hat. Der Stacheldraht der neuen Klimaapartheid verläuft an den EU-Außengrenzen und zwischen den USA und Mexiko. Aber sowohl der Kapitalismus als auch die Klimakatastrophe sind kein Schicksal, beide wurden und werden von Menschen gemacht.

Die Verantwortlichen gehören vors Klimatribunal

Statt zu löschen, hat man all die Jahre seit der Umweltkonferenz in Rio 1992 weiter Öl und Benzin ins Feuer geschüttet und die weltweiten Emissionen haben sich verdoppelt. Diese 25 Jahre der Globalisierung haben dem Planeten möglicherweise den Todesstoß versetzt. Statt den Umbau Richtung Nachhaltigkeit in Angriff zu nehmen, wurde in einer Art totalen Mobilmachung an allen Fronten expandiert. Mehr Autos, mehr Transporte, mehr Müll und vor allem mehr CO₂. Mit Vollgas wurde nochmal richtig durchgestartet, allerdings in die falsche Richtung, „Wachsen oder weichen“ war das Motto! Regionale, nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen blieben da massenhaft auf der Strecke.

Und auch nach dem Pariser Klimagipfel geht einfach alles weiter wie bisher. Man will es scheinbar auf die Katastrophe ankommen lassen, um dann sagen zu können: Jetzt ist es eh schon zu spät! Die Sachwalter der Kapitalakkumulation sind dabei, aus dem Paradies Erde eine Hölle zu machen, doch sie haben offenbar noch nicht einmal begriffen, das alles auf dem Spiel steht. Die nach uns Kommenden werden uns verfluchen! Und sie tun es bereits – laut vernehmbar.

Doch sie haben kein Vetorecht in unserer vermeintlichen Demokratie – es sei denn, sie nehmen es sich. Hätten die Armen und Schwachen dieser Welt und all die kommenden Generationen Macht und Stimme bei der Entscheidung über die Zukunft des Planeten, dann wären die Verantwortlichen für den zerstörerischen Kurs der letzten Jahrzehnte längst abgelöst und müssten sich vor einem Klimatribunal wegen Genozid und Ökozid verantworten. Und es gäbe eine sofortige Vollbremsung bei den Emissionen.

Wir haben nicht das Recht, durch unsere verschwenderische Wirtschafts- und Lebensweise zig Milliarden noch Ungeborener zu Elend und Tod zu verurteilen! Und wir haben nicht das Recht, das Wunder des Lebens auf dem Altar des Mammons zu opfern. Unser „Weiter so“ ist ein Verbrechen – es nimmt den künftigen Tod von Millionen oder gar Milliarden Menschen wissentlich und billigend in Kauf – genauso wie den unumkehrbaren Ökozid an der Erde. Es gilt, die Verantwortlichen in Öl- und Energieunternehmen, Auto-, Luftfahrt- und Rüstungskonzernen, in Banken und Regierungen beim Namen zu nennen und anzuklagen. Der fossilistische Machtblock in Wirtschaft und Politik muss juristisch weiter unter Druck gesetzt werden. Die Verantwortlichen verletzen nicht nur gröblichst die Vorsorgepflicht, sondern auch nationales und internationales Recht (F. Ekdardt, Klimaklagen, 2018). Es gilt, nicht nur „Schaden vom deutschen Volke abzuwenden“, sondern auch „eine gefährliche Störung des Klimasystems“ zu vermeiden (Klimarahmenkonvention) und der Pariser Klimavertrag ist eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung.

Ein regelmäßig öffentlich tagendes Klimatribunal, ähnlich dem Vietnam-Kongress könnte die Öffentlichkeit informieren und aufrütteln.

Es braucht eine politische Heißezeit, um die drohende apokalyptische Klima-Heißezeit doch noch zu verhindern.

Der Widerspruch zwischen den Profitinteressen Einiger und den Überlebensinteressen der Vielen wird immer offensichtlicher. Es geht darum, die „Große Koalition“ des fossilen-mobilmonetären Machtkomplexes in Wirtschaft und Politik unter Druck zu setzen (siehe: Thilo Bode, „Lobbyismus 2.0: Der industriell-politische Komplex“, Blätter 10`18) und schnellstmöglich zu beenden.

Eine grundlegende Demokratisierung und Reformierung der Gesellschaft ist Voraussetzung, um die nötige ökologische Wende noch rechtzeitig auf den Weg zu bringen. Die neue Klimabewegung darf sich nicht mit wohlmeinenden Appellen und Forderungen begnügen und Unterschriften sammeln und Petitionen einreichen, sondern es muss realer Druck organisiert werden: auf der Straße, durch

Aufklärung der Öffentlichkeit, durch zivilen Ungehorsam, Blockaden, politische Streiks, Boykottaufrufe (z. B. gegen VW und RWE).

Der Transformationsdruck gegen die „Große“ Blockade der Verteidiger des Status quo wächst bereits beständig, doch er muss weiter erhöht werden. 50 Jahre nach 68 und fast 30 Jahre nach der ostdeutschen Demokratiebewegung von 89 braucht es eine Bewegung ähnlichen Ausmaßes, um diesen in Jahrzehnten gewachsenen Machtfilz zurückzudrängen.

Der Globale Klimastreik am 20. September 2019 mit 1,4 Millionen Demonstranten allein in Deutschland markierte möglicherweise den Beginn eines globalen Erwachens, das die Welt grundlegend verändern könnte. Herbert Grönemeyers Song „Kinder an die Macht“ hat in den letzten Monaten eine völlig neue Dimension und Aktualität bekommen, denn ein weltweiter Macht- und Generationenwechsel ist offenbar überfällig, um das Klima- und Erdsystem noch stabilisieren zu können. „Gebt den Kindern das Kommando...!“ So etwas gab/gibt es übrigens als Ritual bei afrikanischen Stämmen, wo nach 30 Jahren in einer Zeremonie die Macht an die nächste Generation übergeben wird. Doch hierzulande räumen die alten Mächte ihre in Jahrzehnten ausgebauten Machtpositionen nicht freiwillig, sondern sie müssen dazu gezwungen werden.

Auch in Deutschland geht es längst nicht mehr nur um die Rücknahme und Nachbesserung des „Klimapakets“, sondern um die Ausrufung des Klimanotstands (wie in Österreich), um den Rücktritt dieser Bundesregierung und schnelle Neuwahlen. Es braucht jetzt einen breiten Schulterschluss der Kräfte der Vernunft, all derer, denen die Ermöglichung einer lebenswerten Zukunft wichtiger ist als die Bewahrung der Vergangenheit.

Frieden und Gerechtigkeit

Die Erde ist unser einzig möglicher Handlungsrahmen, und ihre Stabilität und ihr Funktionieren sind die Grundlage des Fortbestandes des Lebens und also auch des menschlichen Lebens. Insofern sind wir ihren Gesetzen unterworfen und können sie nicht beliebig verletzen, bei Strafe des Nicht Seins. Insofern ist wahre Freiheit Einsicht in diese Notwendigkeit.

Doch die politisch Verantwortlichen befinden sich offenbar in einem interessegeleiteten Verblendungszustand, der sie gegen eine realistische Wahrnehmung der drohenden Gefahren regelrecht immunisiert und sich ein „Weiter so“, als das kleinere Übel vorstellt. Sie sind nicht willens und in der Lage, der Herausforderung Klimakatastrophe zu begegnen und verfolgen weiterhin prioritär kurz- und mittelfristige Macht- und Wachstumsziele, was allenfalls symbolische Klimapolitik zulässt. Die Mächtigen sind offensichtlich nicht fähig, „die Harmonie zwischen Himmel und Erde zu bewahren“, wie es im Alten China hieß. Es regiert das vermeintlich kleinere Übel, dessen gemeinsamer Nenner ist, dass es möglichst lange so weitergeht wie bisher; womit man die Zukunft zu sichern meint, sie aber gerade dadurch verspielt. Denn wenn wir uns nicht schnellstens den Spielregeln des Planeten anpassen, werden wir den Planeten bald so verändert haben, dass wir uns nicht mehr anpassen können. Wir werden erdsystemkompatibel sein oder wir werden nicht sein. Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. Die einzig mögliche Realpolitik angesichts der drohenden Klimakatastrophe ist eine sofortige, entschlossene Rettungs-politik für die Erde und damit für die Menschheit, zumal wenn eine Stabilisierung des Klima- und Erdsystems nur noch kurze Zeit möglich ist.

Es braucht einen baldigen deutschen, europäischen und globalen Aufbruch, sehr viele große und kleine Schritte überall auf der Welt, denn unsere derzeitige „Komfortzone“ (Greta Thunberg) ist in Wirklichkeit eine Todeszone, die wir in der Tat schnellstmöglich verlassen müssen, wenn das Leben eine Zukunft haben soll. Es muss das Primat einer vernunftgeleiteten Politik durchgesetzt werden, die die Gemeinwohlinteressen und langfristigen Überlebensinteressen gegen kurzfristige Sonderinteressen durchsetzt. „Leben für die Zukunft – Zukunft für das Leben oder Zukunft für Alle – Alle für die Zukunft“, das wäre das Leitmotiv einer sozialökologischen Wende.

Eine tatsächlich wirksame Rettungs-politik kann nur eine Politik des Ausgleichs und der Gerechtigkeit sein und muss gleiche Lebenschancen für alles Leben, für andere Kulturen und für all die kommenden Generationen

respektieren. Denn „Nur Gerechtigkeit führt zum Frieden mit der Natur und zum Frieden unter den Menschen.“ (indianisch).

Bei den Indianern des Nordwestens gab es den Brauch des Potlatch, das ist das Verschenken und Vernichten angesammelter Güter und Reichtümer, um die Gleichheit und Verbundenheit in der Gemeinschaft zu wahren und zu festigen. Genau darum geht es heute im globalen Maßstab. Der Westen muss endlich seine historische Klimaschuld abzahlen und abarbeiten. Ein Erlass aller Schulden des Südens wäre dazu ein erster Schritt. Doch es geht um mehr, nämlich um nicht weniger als um die freiwillige, bewusste Umverteilung, das Verschenken und die gezielte Vernichtung (auf friedlichem Wege) von all dem Kapital und Vermögen, das sich in Jahrhunderten der Ausbeutung von Mensch und Natur in den „Metropolen“ angesammelt hat.

Gigantische Summen, gigantische Beiträge, die sich immer weiter vermehren wollen und müssen, die für ihre öko-

nomische In-Wert-Setzung die Natur, die Kulturen und die Welt entwerten. Solange wir diesen Anspruch auf Wert und seine Realisierung als Geschäftsgrundlage der Gesellschaft akzeptieren, solange wir die erweiterte Reproduktion des Falschen als gesellschaftliche Grundprämisse hinnehmen, ist es müßig von Beschränkung und einer Rückkehr in den Rahmen der Natur zu sprechen. Die Gegenwart zerstört und verspielt dann weiter, was ihr gar nicht gehört, die Natur und die Zukunft.

Wenn wir wirklich ernsthaft etwas über Klimaschutz sagen wollen, können wir vom Kapitalismus, seinen immanenten Wachstumswängen, von Ausbeutung, Schuld, Macht und Ungerechtigkeit nicht schweigen.

■ Jürgen Tallig

<https://earthattack-talligsklimablog.jimdo.free.com/>

Literatur:

U.Brand/M.Wissen, imperiale Lebensweise, 2017

F. Ekaradt, Paris- Abkommen, Menschenrechte und Klimaklagen, 2018
Götz Brandt, Leben in der Vielfachkatastrophe, 2013

David Wallace-Wells, „Der Planet schlägt zurück“ (dt. im „Freitag“, 20.07.2017)

Fred Luks, Die Zukunft des Wachstums, 2001

WBGU, Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Hauptgutachten 2011

WBGU, Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken, 2014

WBGU, Klimaschutz als Weltbürgerbewegung, Sondergutachten 2014

WBGU, Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation, Sondergutachten 2016

Naomi Klein, „Kapitalismus vs. Klima“, 2015

Jürgen Tallig, „Letzte Ausfahrt Paris“, Umwelt aktuell 12. 2015/01.2016

„Rasante Zerstörung des Blauen Planeten“ Umwelt aktuell 12.2016/01.2017

„Erderwärmung außer Kontrolle?“ 2019, Online- Zeitschrift „scharf-links“

Verkehrswende in Brandenburg in Fahrt bringen

Ein breites Bündnis trägt die Volksinitiative für einen mutigen Ausbau von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr



Der Kampagnenstart der Volksinitiative „Verkehrswende Brandenburg jetzt!“, am 15. August 2019 in Potsdam

Foto: Jan Kuppert

Ohne eine Verkehrswende wird das Pariser Klimaziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 bis zwei Grad und damit die Klimazerstörung und ihre verheerenden

Folgen auf ein beherrschbares Maß zu begrenzen, nicht erreichbar sein. Diese Erkenntnis ist inzwischen geradezu eine Binsenweisheit und wird uns nicht zuletzt durch die jungen Aktivistinnen

und Aktivistinnen von „Fridays for Future“ – auch in zahlreichen märkischen Städten – regelmäßig in Erinnerung gerufen. Immerhin steht der Verkehr in Brandenburg mit 23 Prozent der Emissionen auf dem zweiten Platz der CO₂-Quellen nach der Energiebranche und vor Industrie und Privathaushalten. Der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors ist als einziger gegenüber 1990 deutlich angestiegen, wobei mehr als 90 Prozent der Emissionen dabei auf den Straßenverkehr zurückzuführen sind.

Zugleich bleiben soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie derzeit wieder häufig von Bundes- und Landespolitikerinnen und -politikern beschworen wurden, ohne den Umbau unseres Verkehrssystems eine schöne Sprechblase. Denn unter dessen Auswüchsen leiden zuerst weniger wohlhabende und von Armut betroffene Mitmenschen. Sie wohnen häufiger an stark befahrenen Straßen und sind dort Lärm und Abgasen ausgesetzt, während sie sich selbst oft kein Auto und schon gar keinen teuren und dreckigen SUV

leisten können. Sowohl zur Grundversorgung, als auch für ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe sind sie besonders auf lebenswerte öffentliche Räume und einen guten öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Allerdings nimmt jede/r dritte Brandenburger eher eine Verschlechterung des öffentlichen Verkehrsangebotes wahr. In kleinen (ländlichen) Kommunen sind es sogar 38 Prozent.

Ein grundlegender, sozial-ökologischer Umbau der Mobilität im Land Brandenburg ist vor diesem Hintergrund dringlicher denn je. Doch leider fehlte es der Landespolitik dafür bislang an Mut, Entschlossenheit und Durchsetzungsmacht. Wir möchten den neugewählten Landtag und die zukünftige Landesregierung dabei unterstützen. Mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl hatte ein breites Bündnis aus Verbänden, Initiativen und Organisationen – neben dem VCD und der Grünen Liga unter anderem ADFC und BUND, die Brandenburgische Studierendenvertretung, die Gewerkschaften GdL und EVG sowie der Verband der Verkehrsunternehmen (VDV) – Kernforderungen für die Verkehrswende in Brandenburg formuliert. Mit einer Volksinitiative wollen wir den Landtag auffordern, ein Mobilitätsgesetz zu erarbeiten, um den Verkehrsanteil (Modal Split) des Umweltverbunds aus öffentlichem Nah-

verkehr, Rad- und Fußverkehr bis 2035 zu verdoppeln (von derzeit rund 40 auf 80 Prozent). Dafür sind unter anderem ein deutlicher Ausbau des öffentlichen Verkehrs inklusive Taktverdichtungen im ganzen Land, der umfangreiche Ausbau und die Instandhaltung von Rad- und Gehwegen sowie Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und eine konsequent sozial-ökologische Ausrichtung aller Landesförderprogramme erforderlich. Kurzum: Wir fordern einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik – weg vom Straßenverkehr, hin zum Umweltverbund!

Die am 15. August erfolgreich gestartete Volksinitiative soll die Dringlichkeit unseres Anliegens und die breite Unterstützung der Bevölkerung für unsere Ziele deutlich machen. Dafür haben wir ein Jahr Zeit, um bis August 2020 mindestens 20.000 Unterschriften zu sammeln. Das ist – trotz des Rückenwinds, den wir aus aktuellen klimapolitischen Diskussionen beziehen – im Flächenland Brandenburg eine große Herausforderung. Deshalb laden wir alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Grünen Liga sowie alle verkehrspolitisch interessierten Brandenburgerinnen und Brandenburger herzlich ein, sich in das Engagement unseres Bündnisses aktiv einzubringen und uns bei der Unterschriftensammlung für die Verkehrswende in unserem



Fritz R. Viertel, Landesvorsitzender des VCD Brandenburg und Sprecher der Volksinitiative „Verkehrswende in Brandenburg: Jetzt!“

Foto: RG-Foto.com

Bundesland zu unterstützen!

■ Fritz Viertel

Mehr Informationen, Unterschriftenlisten zum Download sowie weitere Materialien und Kontakte zu den beteiligten Organisationen sind unter www.verkehrswende-brandenburg.de zu finden.

Die Liste finden Sie ebenso als Beilage in dieser Ausgabe der Libell.

Fridays For Future

Brandenburg stellt die Gretchenfrage der Klimapolitik

Wir streiken in Deutschland sowie in Brandenburg schon seit über einem halben Jahr. Doch leider scheint unser Anliegen und die Dringlichkeit des Klimaschutzes noch immer nicht genügend bei den PolitikerInnen Brandenburgs angekommen zu sein. Und das, obwohl uns wichtige EntscheidungsträgerInnen der Landespolitik bei gemeinsamen Treffen höheres Engagement in all den wichtigen Klimaschutzbereichen zugesichert haben. Trotzdem war es in der Folgezeit für die regierende Koalition und den Landtag in Brandenburg beispielsweise nicht einmal möglich, für einen so symbolpolitischen Akt wie den Ausruf des brandenburgischen Klimanotstands eine Mehrheit zu finden. Ein wahres Armutszeugnis der

Brandenburger Politik! Brandenburg ist nämlich nicht irgendein Bundesland, sondern eines, in dem noch immer Braunkohletagebaue betrieben werden, um Kohle und damit unsere Zukunft zu verfeuern. Gleichzeitig begibt sich unser Bundesland jedoch in die Opferrolle und tritt bei dem Kohleausstieg kräftig auf die Bremse. Auch in anderen Sektoren, wie beispielsweise dem Verkehr, sind Anstrengungen seitens der Politik nicht erkennbar: Die Emissionen steigen anstatt zu fallen. Aus diesem Grund war es uns – Fridays For Future Brandenburg – ein Hauptanliegen klarzumachen, dass die Landtagswahlen am 1. September Klimawahlen sein würden. Denn jede Stimme für eine klimage-

rechte und lebenswerte Zukunft wäre von entscheidender Bedeutung, um die Klimapolitik Brandenburgs ins Positive

IDUR

Informationsdienst Umweltrecht e.V.

IDUR INFORMATIONSDIENST
UMWELTRECHT E.V.
NIDDASTRASSE 74
60329 FRANKFURT/MAIN
TEL.: 069-252477
FAX.: 069-252748
E-MAIL: INFO@IDUR.DE
WWW.IDUR.DE



In Potsdam gingen am 30. August 2019 viele Menschen auf die Straße, nachdem mehrere Hundert von ihnen in der Woche davor vor dem Landtag campierten, um während der Landtagswahl möglichst präsent zu sein.

Foto: Tim Wiedemann

zu verändern.

Wir und ein stetig wachsendes Bündnis aus der gesamten Bevölkerung sind es leid, uns immer wieder mit denselben inhaltsleeren Floskeln und halbherzigen Maßnahmeplänen abspeisen zu lassen. Wieso schafft es die brandenburgische Politik nicht, aus den vielen Extremwetterlagen der vergangenen Jahre die folgerichtigen Schlüsse zu ziehen und die existenziellen Fragen der Klimakrise zum Leitbild ihrer Politik zu machen? Sprechen Dürreperioden, riesige Waldbrände und Hitzewellen nicht für sich? Während gleichzeitig überall um uns herum bereits die Auswirkungen der Klimakrise erkennbar sind, weigern sich die Verantwortlichen, diese in ihrem Ausmaß anzuerkennen.

Als Fridays For Future verstehen wir es jedoch nicht nur als unsere Aufgabe politischen Druck auf der Straße auszuüben, sondern auch darauf zu verweisen, was die Wissenschaft bereits seit Jahrzehnten verkündet: Es muss jetzt etwas passieren, um der Klimakrise Einhalt bieten zu können! Doch da noch immer nicht gehandelt wird, haben wir in den vergangenen Monaten in intensiver Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen, Forschungseinrichtungen und Umweltverbänden ein Forderungskatalog für die Landtagswahlen erstellt. Mit diesem muss laut der WissenschaftlerInnen die Politik weiterarbeiten, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Damit Klimaschutz und Klimaanpassung in allen Bereichen effektiv politisch umgesetzt werden können, haben wir einige sektorenübergreifende Forderungen gestellt: Als erstes ist es dabei fundamental, dass ein wissen-

schaftlicher Klimabeirat einberufen wird und bis 2020 ein Klimaschutzkonzept erstellt wird. Dieses Konzept muss sicherstellen, dass Brandenburg bis 2035 endlich klimaneutral wird. Als zweites fordern wir eine CO₂-Steuer mit ausreichender Lenkungswirkung, für die sich auch die Landesregierung mit Nachdruck einsetzt.

Aufgrund der besonderen Verantwortung des (Kohle-) Landes Brandenburg gehört weiterhin zu unseren Kernforderungen beim Klimaschutz die Entwicklung eines Planes zum schnellen Kohleausstieg bis 2030 sowie der flächige und rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien auf 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035.

Auch in den anderen Bereichen, wie beispielsweise dem Verkehrssektor, besteht einiger Nachholbedarf: Seit 1990 wurden in Brandenburg und Berlin 250 Kilometer Schienennetz zurückgebaut – kein Wunder also, dass die Emissionen im Verkehrssektor seitdem gestiegen sind. Die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs sowie des Radverkehrs muss zur absoluten Priorität in Brandenburg werden!

Ein weiterer häufig unterschätzter, aber dennoch äußerst entscheidender Bereich ist der des Bauens. Der Energieverbrauch des deutschen Bausektors beträgt 40% des deutschen Gesamtenergieverbrauchs. Hinzu kommt, dass hierzulande die meisten Häuser aus Beton errichtet werden. Dabei verursacht die Herstellung von Zement (Bindemittel des Betons) erhebliche CO₂-Emissionen. Daher ist die drastische Erhöhung der energetischen Sanierungsrate auf 4,2% sowie ein Konzept gegen Zersiedlung und Flächenversiegelung notwendig!

Unsere Forderungen zielen jedoch nicht nur darauf ab, die brandenburgischen Emissionen so rasch wie möglich auf ein klimaverträglicheres Niveau zu senken. Sie fokussieren sich auch darauf, unsere Ökosysteme, von denen unser aller Leben abhängt, an eine fortschreitende globale Erwärmung anzupassen. Besonders hat im vergangenen Sommer der brandenburgische Wald für (Negativ-) Schlagzeilen gesorgt. Denn jegliche Art von Schädereignissen, wie Schädlingsbefall oder Waldbrände werden durch Nadelholzmonokulturen begünstigt. Und genau diese bedecken einen Großteil der Landesfläche. Um also die Auswirkungen des Klimawandels in Brandenburg so gering wie möglich zu halten, müssen klimaresiliente Laub(misch)wälder deutlich stärker gefördert werden als bisher. Konkret bedeutet dies, dass sich auch die Forstwirtschaft mit einem angepassten Wildtiermanagement in eine zukunftsweisende, zeitgemäßere und ökologischere Richtung zu entwickeln hat.

Ein weiterer gesellschaftlich und politisch weitgehend unbeachteter Faktor sind degradierte Moore. Sie emittieren in Brandenburg 6,6 Mio. Tonnen CO₂. Das ist mehr, als der gesamte Verkehrssektor! Naturnahe Moore dagegen könnten als hervorragende natürliche Kohlenstoffspeicher und Senken dienen. Aus diesem Grund ist die großflächige Revitalisierung aller Moore anzustreben, die im Rahmen der Machbarkeitsstudie zum Moorschutz von 2013 mindestens mit einem hohen Renaturierungspotenzial bewertet wurden.

Nicht zuletzt verdient auch die Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit. Wie der IPPC-Sonderbericht gezeigt hat, verursachen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und andere Landnutzungsaktivitäten weltweit rund 23% der anthropogenen Treibhausgasemissionen. Vor allem benötigen wir ein Verbot der Massentierhaltung und müssen den ökologischen Landbau auf mindestens 30% der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis zum Jahr 2024 ausweiten. Diese Maßnahmen sollten mit einem reduzierten und bedarfsgerechten Pflanzenschutz- und Düngemittelsatz sowie geeigneten Pufferzonen zu natürlichen Ökosystemen einhergehen. Mit diesen Inhalten gingen wir am 19.

August 2019 bei der Landespressekonferenz im brandenburgischen Landtag, also direkt vor den Augen der Politik, an die Öffentlichkeit. Untermuert wurden diese bei den Protesten zu den Landtagwahlen am 30. August 2019 um pünktlich 3 vor 12 von mehreren Tausend Streikenden an mehr als 16 Orten in Brandenburg.

Gleich im Anschluss an die Veröffentlichung der Forderungen gingen wir in den Dialog mit den Parteien (CDU, SPD, Die Linken, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP und den Freien Wählern), indem wir um eine Stellungnahme baten. Diese haben wir bis zum heutigen Zeitpunkt von der SPD, der CDU, den Linken, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, bedauerlicherweise aber nicht von der AfD und den Freien Wählern, erhalten. Bemerkenswert ist daran eigentlich vor allem, dass sich der Spitzenkandidat der Freien Wähler auf einem unserer Streiks, bei dem er mitlief, zum 1,5-Grad-Ziel von Paris bekannte. Jedoch erachtete er es nicht für nötig, einen Kommentar zu genau den Maßnahmen abzugeben, die für dieses Ziel nötig wären. Wir erwarten von dieser Seite weiterhin einen konstruktiven Beitrag zu der Debatte.

Konstruktiv und im Umfang den Schwierigkeiten der Diskussion zum Klimaschutz gerecht werdend, äußerten sich alle anderen Parteien, was ohne Frage bereits als ein Erfolg unserer bundesweit organisierten Bewegung in Brandenburg zu sehen ist. Von den Grünen erhielten wir reichlich „Ja“-Antworten, während Vertreter der CDU beispielsweise finden, dass: „Grundsätzlich [...] die Wirtschaftlichkeit bei allen Energieeinsparmaßnahmen in den Vordergrund gestellt werden [sollte]“. Resümierend war eine große Bandbreite von echten Vorschlägen, konstruktiver Kritik aber leider auch unzureichenden Floskeln dabei.

Allerdings haben wir nun einen Ein-



In Bernau wurde, wie in mehr als 15 anderen Brandenburgischen Orten, gestreikt. Hier waren rund 250 Menschen auf der Straße, um gemeinsam für eine bessere Klimapolitik, die sich an unseren Forderungen orientieren könnte, zu demonstrieren.

Foto: Stefanie Scharnitzki

druck gewonnen, wo die Parteien mit ihren Klimaschutzgedanken stehen. Dies ist für uns die Grundlage, um mit im Klimaschutz bisher eher unambitionierten politischen Akteuren enger in Kontakt zu treten. Wir werden den Dialog suchen, unsere Forderungen erklären und die Gretchenfrage der Klimapolitik stellen: Sagt, wie habt ihrs mit dem Klimaschutz und den Forderungen? Und wieso wollt ihr uns ein von Hitzeperioden, Dürrekatastrophen und Flächenbränden gezeichnetes Land hinterlassen? Denn bevor der Koalitionsvertrag zwischen dem breiten Regierungsbündnis nicht unterschrieben ist, setzen wir alles daran, die nächste Regierung nach der Klimawahl zu einer Klimaregierung zu machen.

Uns ist klar: Für das Projekt Klimaschutz müssen wir in den kommenden Jahrzehnten alle politischen Lager miteinander vereinen, um die Gesellschaft mit ihren verschiedenen Meinungen und Bedürfnisse gebührend abzubilden und schlussendlich mitnehmen zu können. Nur so können wir gemeinsam eine das Pariser Klimaabkommen

achtende und nach ihm handelnde Politik sowie Gesellschaft erstreiken. Dabei sind wir gern dazu bereit, unsere Forderungen auch zu erneuern und zu erweitern.

Wir werden uns nicht mit einer unzureichenden Klimapolitik abfinden, die weitermacht wie bisher. Wir werden weiter die Stimme der Jugend vertreten. Wir werden weiterstreiken, bis sich etwas regt. Für eine lebenswerte Zukunft, auch hier in Brandenburg. Aber gern würden wir dann auch wieder freitags zur Schule gehen. Also bitte: Macht auch Ihr, liebe PolitikerInnen, eure Hausaufgaben!

■ Boy Ibisch, Filibert Heim
und Felician Heim

In voller Länge und als Kurzversion sind unsere Forderungen unter folgendem Link abrufbar:

<https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2019/08/Forderungen-BB-LANG.pdf>

<https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2019/08/Forderungen-BB-KURZ.pdf>

Nachhaltigkeit als politische Richtschnur und Handlungsprinzip in der Landespolitik verankern!

Unmittelbar nach den Landtagswahlen hatten am 9. September 2019 zahlreiche zivilgesellschaftliche Vereine und Landesverbände aus Brandenburg, wie die Arbeitsgemeinschaft Natur- und

Umweltbildung (ANU), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Die Naturfreunde, die Grüne Liga, der Naturschutzbund Deutschland, der Lausitzer Perspektiven e.

V., Verkehrsclub Deutschland (VCD) und der Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e. V. (VENROB) unter Federführung von Brandenburg 21 e.

V. ihre gemeinsamen Forderungen zur Nachhaltigkeitspolitik an den Landtag und die künftige Landesregierung vorgestellt. Die jüngste Fortschreibung 2019 der Landesnachhaltigkeitsstrategie und die Umsetzung der Strategie wird als unzureichend kritisiert und ein Anforderungskatalog¹ für eine zukünftige Landespolitik vorgelegt, indem es u. a. heißt:

„Die Politik sieht sich zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert, die sich nicht mehr mit einer Strategie des ‚Weiter wie bisher‘ bewältigen lassen. Stichworte sind zum Beispiel der Strukturwandel in der Lausitz oder auch der Prignitz, die ungebremste Ressourcenverschwendung und die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit im Zeichen der Digitalisierung. Die Nachhaltigkeitsstrategie bleibt diesem ‚Weiter-so‘ bisher aber noch viel zu sehr verhaftet. Gleiches gilt für Ziele und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen. Damit Nachhaltigkeit als gesellschaftlich vereinbartes Gemeinschaftswerk aller politischen Ebenen zu einer landesweit wirksamen Norm werden kann, ist im Rahmen dieses landesweiten Beteiligungsprozesses auch die Debatte über die verfassungsrechtliche Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips zu führen. Ähnlich wie beim aktuell viel diskutierten Klimanotstand ist es notwendig, dass alle Entscheidungen unter die Prämisse einer nachhaltigen Entwicklung gestellt werden, um für Brandenburg die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.“

Die im Positionspapier genannten Anforderungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Landespolitik greifen Politikpraxis und Erfahrungen in anderen Bundesländern und auf der Bundesebene auf und sollen die Weiterentwicklung der Landes-, Regional- und Lokalpolitik und die noch wirksamere Einbeziehung der Zivilgesellschaft für ein modernes und zukunftsfähiges Brandenburg unterstützen. Sie fordern beispielsweise ein:

- nachhaltige Entwicklung als Dachstrategie auszuprägen und als „Chefsache“ bei der Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit Nachhaltigkeitskoordinatoren in den Ressorts und der Interministeriellen AG zu etablieren,
- einen parlamentarischen Nachhaltigkeitsbeirat (Beirat oder regulärer



Das Nachhaltigkeitskomitee horizontal und vertikal vernetzt

Karikatur: Kathrin Fahrenz

Ausschuss, ggfs. mit aufschiebendem Veto in Nachhaltigkeitsbelangen) einzusetzen,

- die „Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg“ als Legislatur-übergreifende Institution zur Begleitung der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu betreiben,
- einen Nachhaltigkeitsbeirat/Zukunftsrat als wissenschaftliche Beratung des Landes einzusetzen,
- ein Nachhaltigkeits- und Transferzentrum (im Rahmen institutioneller Förderung) zur Herausbildung tragfähiger und professioneller Strukturen für horizontale und vertikale Vernetzung, Erfahrungstransfer und Beratung der Zivilgesellschaft im Land Brandenburg aufzubauen,
- ein Nachhaltigkeitsmanagementsystems zur politischen Steuerung von Nachhaltiger Entwicklung umzusetzen sowie das Verfahren einer systematischen Nachhaltigkeitsprüfung für alle strategischen und Gesetzesvorhaben (ggfs. durch den parlamentarischen Nachhaltigkeitsbeirat) einzuführen,
- landesweite Beteiligungsprozesse auszubauen mit jährlichen Nachhaltigkeitskonferenzen, jährlichen Berichten der Landesregierung zum Stand der Umsetzung und der Zielerreichung (Indikatorenbericht) zur Diskussion in Landtag und Öffentlichkeit,
- Regionalkonferenzen unterschiedlichen Formats (Planungsregionen, (länder-) übergreifende Regionen z. B. Lausitz) zur nachhaltigen Regionalentwicklung durchzuführen und regionale zivilgesellschaftliche Transformations-

netzwerke zu unterstützen,

- die Vorbildwirkung der Verwaltung durch Modellprojekte zur nachhaltigen und klimaneutralen Verwaltung deutlich zu machen,
 - auf eine stärkere Verzahnung der Landesnachhaltigkeitsstrategie als Dachstrategie mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien, dem Landesaktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und der Internationalisierungsstrategie hinzuwirken,
 - erfolgreiche Beteiligungsformate wie „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ und „Runder Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, fortzuführen und zu stabilisieren,
 - einen separaten Fördertitel zur Nachhaltigen Entwicklung, mit dem vorbildliche und weitreichende Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft gefördert werden können einzurichten,
 - kommunale Nachhaltigkeitsmanagern und -konzepte, zu fördern, Prüfstein für zivilgesellschaftliche Akteure wird in Zukunft sein, ob Nachhaltige Entwicklung als breit getragener, gesellschaftlicher Veränderungsprozess verstanden und durch breite Beteiligungsangebote zur Mitgestaltung gewährleistet wird. Darin liegt zugleich die Chance zur Stärkung demokratischer Teilhabe mit Blick auf die Zukunft Brandenburgs.
- Nach Abschluss der Landespressekonferenz wurde den im Landtag vertretenen demokratischen Parteien das vorgestellte Positionspapier übergeben, dies verbunden mit dem Angebot von Vorstellung und vertiefter Diskussion

in den Fraktionen. Leider wurde dieses Angebot bisher nicht angenommen, obwohl es sich nicht nur an die verhandelnden Koalitionäre, sondern auch an die gesamte Legislative und damit den Verfassungsgeber, den Landtag richtete - z. B. hinsichtlich der Einrichtung eines Parlamentarischen Beirates für Nachhaltige Entwicklung oder gar bezogen auf die Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips in Kommunal- und Landesverfassung.

„Nachhaltigkeit“: bloße Absichtserklärung oder Richtschnur für neues Denken und politisches Handeln?

Immerhin hatte es das Prinzip „Nachhaltigkeit“ – wohl auch aufgrund des außerparlamentarischen Druckes – geschafft, als Anspruchsvokabel schon in die Titelzeilen beider abschließenden Sondierungspapiere so bei SPD, Grünen, LINKEN² verbunden mit „Solidarität“ und bei SPD, CDU, Grünen³ ohne Solidarität (!), aber mit viel „Sicherheit“ zu kommen.

Im daraufhin ausgehandelten Entwurf eines Koalitionsvertrages⁴ von SPD, CDU und Grünen wird der Anspruch an Nachhaltigkeit als Politikziel aufgegriffen, indem schon in der Präambel u. a. versprochen wird:

„Zukünftig werden wir in Brandenburg nachhaltiger wirtschaften, Energie gewinnen und Landwirtschaft betreiben. ... Mit mehr ökologischer Landwirtschaft sowie mehr Tier- und Artenschutz sorgen wir für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. ... Mit einer verbindlichen Klimastrategie, dem Verzicht auf neue Tagebaue sowie einer konsequenten Energiewende machen wir den Klimaschutz zu einem Schwerpunkt unserer Politik.“

Als weitere Ziele in diesem Zusammenhang sind erwähnt⁵:

- Erarbeitung und Umsetzung einer ressortübergreifenden, den Gesamttraum abdeckenden Regionalentwicklungsstrategie,
 - Unterstützung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung,
 - Überarbeitung der Mobilitätsstrategie mit dem Ziel der deutlichen Stärkung des Umweltverbundes,
 - angemessene Finanzausstattung der Kommunen hin bis zur Sicherung von Rechten für Ortsteilbudgets,
- Im Handlungsfeld Klimaschutz und Klimaanpassung verspricht die Koalition: „Wir werden zügig einen Klimaplan

aufstellen, der die Weiterentwicklung der bestehenden Strategien des Landes für die Bereiche Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr zu einer verbindlichen Klimastrategie zusammenfasst, sowie ein entsprechendes Maßnahmenpaket auflegen. Sofern sich hieraus gesetzlicher Regelungsbedarf ergibt, werden wir entsprechende Verfahren in die Wege leiten.“ Und: „Wir wollen, dass Brandenburg spätestens im Jahr 2050 klimaneutral wirtschaftet und lebt.“ Die Koalition will auch Anpassungsstrategien für die effiziente Abmilderung der Folgen des Klimawandels entwickeln und umsetzen. Für die Folgenabschätzung von Gesetzesinitiativen soll auf der Grundlage objektiver Kriterien ein Klima- und Nachhaltigkeitscheck erarbeitet werden.

Für die Lausitz wird die Entwicklung zu einer europäischen Modellregion anvisiert, die Maßstäbe für eine erfolgreiche Transformation im klimapolitisch begründeten Strukturwandel darstellt. „Für einen ... gelingenden Strukturwandel braucht es auch die Mitwirkung und die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung und zivilgesellschaftlicher Gruppen. Die Koalition strebt an, dass ein angemessener Betrag aus dem vom Bund zur Verfügung gestellten Fördervolumen Projekten regionaler Vereine, Verbände und Kirchen zugutekommt.“

Ein Hauptabschnitt der Vereinbarung steht unter Überschrift Nachhaltigkeit: „Wir bekennen uns zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und zu den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung, wie sie in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verankert sind: Dem Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung zu folgen bedeutet, darauf hinzuarbeiten, gleichermaßen den Bedürfnissen der heutigen sowie künftiger Generationen gerecht zu werden – in Brandenburg, in Deutschland, in Europa sowie in allen Teilen der Welt – und ihnen ein Leben in voller Entfaltung ihrer Würde zu ermöglichen. Dafür bedarf es einer wirtschaftlich leistungsfähigen, sozial ausgewogenen und ökologisch verträglichen Entwicklung, wobei die planetaren Grenzen unserer Erde zusammen mit der Orientierung an einem Leben in Würde für alle die absolute äußere Beschränkung vorgeben.“

Auf das Land Brandenburg bezogen: „Wir werden die Nachhaltigkeitsstrategie

des Landes überarbeiten und an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen ausrichten. Die Koalition wird den bestehenden Nachhaltigkeitsindex zu einer regionalisierten Form des Nationalen Wohlstandsindex (NWI) weiterentwickeln. Wir werden den Nachhaltigkeitsbeirat wieder einrichten. Dieser setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Wissenschaft, Jugend, Zivilgesellschaft, Verbänden, Wirtschaft und kommunaler Ebene zusammen. Es wird eine Koordinierungsstelle bei der Staatskanzlei eingerichtet. Es muss eine auskömmliche Personalausstattung gewährleistet sein. Die Koalition wird dem Nachhaltigkeitsbeirat Befassungs- und Anhörungsrechte sowie Vorschlagsrechte einräumen. Er berichtet zum Stand der Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele.“

Damit werden im Koalitionsvertrag einige unserer Grundforderungen aus dem oben dargestellten Positionspapier von Anfang September aufgegriffen. Weitere institutionelle und verfahrensmäßige Anforderungen an Nachhaltigkeitspolitik, wie aus der Zivilgesellschaft eingefordert, sind bisher nicht zu finden.

Schließlich bleibt darauf hinzuweisen, dass im Koalitionsvertrag eine Reihe von wichtigen Aufgaben nur als Prüfauftrag formuliert und unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Zudem: Nachhaltigkeitspolitik als Querschnittsaufgabe einer Landesregierung steht und fällt mit der Bereitschaft aller Ressorts, dies als Gemeinschaftsaufgabe anzugehen und konsequent umzusetzen.

Und: Klima- und Umweltgerechtigkeit sowie soziale Gerechtigkeit erfordern konkretes politisches Handeln und einen praktizierten Politikstil, mit dem politische Entscheidungen zur Zukunft unseres Landes gemeinsam und parteienübergreifend vorbereitet, darüber informiert und mit der Bevölkerung diskutiert werden – so ein weiteres Versprechen des Koalitionsvertrages zur Entwicklung von Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Wir werden in der nächsten Zeit den Koalitionsvertrag noch ausführlicher kommentieren und vor allem die Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung für Brandenburg kritisch und fordernd begleiten.

Was bleibt also für Zivilgesellschaft und Nachhaltigkeitsakteure in Brandenburg zu tun?

Wieder nur das Gewohnte: Erst appellieren, dann abwarten auf die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen, hoffen auf Auslegungsspielräume und auf eine ggfs. zähe Umsetzung während der Legislatur? Haben wir dazu noch genügend Zeit angesichts von Klimakrise und Ressourcenverschwendung, angesichts eines ungebremsten globalen digitalen Kapitalismus, angesichts von Kriegen um Ressourcen und wirtschaftlichen Einfluss und angesichts der Brüchigkeit von Demokratie in unserer Gesellschaft?

In diesen Zeiten heißt es erst recht:

Ungeduld zeigen: Interessen organisieren, Einmischen, Intervenieren und politisch Handeln!

■ Peter Ligner

¹ <https://www.nachhaltig-in-brandenburg.de/news/1/521892/nachrichten/dringender-appell-an-den-landtag-und-die-künftige-regierung-nachhaltigkeits-muss-als-handlungsprinzip-in-der-landespolitik-verankert-werden!.html>

² <https://www.dielinke-brandenburg.de/nc/politik/aktuell/detail/news/solidaritaet-zusammenhalt-und-nachhaltigkeit-ergebnisse-der-sondierung-von-spd-buendnis-90-die-gruen/>

³ <https://www.cdu-brandenburg.de/image/inhalte/file/Zusammenhalt,%20Nachhaltigkeit,%20Sicherheit.pdf>

⁴ https://www.rbb24.de/politik/wahl/Landtagswahl/beitraege/koalitionsvertrag-brandenburg-2019.file.html/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf

⁵ Eine zusammenfassende Aufstellung der Koalitionsziele ist zu finden unter: <https://www.nachhaltig-in-brandenburg.de/news/1/530863/nachrichten/spd,-cdu-und-grüne-wollen-mit-der-koalitionsvereinbarung-2019-ein-neues-kapitel-für-brandenburg-aufschlagen.html>

In Potsdam wurde zu Wasser und zu Land demonstriert

Bis 2030 alle Tagebaue schließen und kein Dorf mehr abreißen!



„Coal and Boat“-Demo am 18. August 2019 in Potsdam

Foto: Marko Ferst

Schon ganz früh brachen am Sonntag, den 18. August 2019 die ersten Radfahrer in Moabit auf, vom S-Bahnhof Wannsee setzte sich ab kurz nach zwölf ein Tross von ungefähr 150 Radlern Richtung Potsdam in Bewegung. Zwei Wochen vor der brandenburgischen Landtagswahl forderte ein zivilgesellschaftliches Bündnis einen zügigen Kohleausstieg bis 2030 und erinnerte die Politik: Wer versucht mit der Planetenphysik Kompromisse zu verhandeln, provoziert die Versteppung Brandenburgs. An der Demonstration

nahmen neben vielen Brandenburger und Berliner Umweltinitiativen wie BUND, Greenpeace und Campact, Grüne Liga, Robin Wood sowie attac, auch Schülerinnen und Schüler der Initiative „Fridays for Future Potsdam“ teil. Es war bereits die vierte „Coal-and-Boat“-Demo, allerdings die erste, die nicht in Berlin, sondern in Potsdam organisiert wurde.

170 farbenfrohe Boote mit Fahnen und Transparenten setzten sich von der Neustädter Havelbucht nach 14 Uhr in Bewegung. Mit gelbem Rauch wurde

das Startsignal gegeben. Zeitgleich ging es auch an Land durch die Potsdamer Innenstadt und am Landtag vorbei zu Fuß und per Rad, Trommler sorgten für Rhythmen. Zu Wasser und zu Land mögen es fast 2.000 Menschen gewesen sein. „Der Ausstieg aus dem Kohlestrom und klimaschädlichem Heizen wird nur gemeinsam gelingen“, so Eric Häublein vom „Bündnis Kohleausstieg Berlin“. Auf einem der überdachten großen Flöße stellte Greenpeace fest „Kein Plan für die Zukunft – Nein zum Tagebau Welzow-Süd II“. Andere betonten: Kein Dorf in der Lausitz soll mehr den Tagebauen zum Opfer fallen und erneuerbare Energien sind konsequent auszubauen. Solidarische Grüße wurden an die ebenfalls am Sonntag stattfindende Unteilbar-Demo in Potsdam übermittelt und von der Rednerin kenntlich gemacht, wie sehr auch hier dieses Anliegen unterstützt werde.

Leider kam es zu zwei Unfällen. Verursacht durch eine Windböe, riss der Baum eines Segelbootes herum und verletzte ein neunjähriges Mädchen. Rettungskräfte waren zur Stelle. Zudem stieß ein manövrierunfähiger Katamaran mit einem unbesetzten Fahrgastschiff zusammen und musste anschließend abgeschleppt werden. Die Demonstrationzüge liefen an der Alten Fahrt hinter dem Barberini-Museum zusammen. Zuvor wurde vor der Langen Brücke zusammen zum Fotoshooting aufgerufen. Alle Paddel

wurden auf Kommando gen Himmel gehoben. Auf der kurzen Abschlusskundgebung wurde noch einmal an den Klimastreiktag am 20. September 2019 erinnert und an das Klimacamp in Potsdam vor der Landtagswahl. Jeder wurde aufgefordert, zu ökologischen Stromanbietern zu wechseln, nicht

zu den pseudogrünen Tarifen von Vattenfall und Co., sondern zu echten Ökostromanbietern, wie Lichtblick, Naturstrom, Greenpeace-Energy oder Elektrizitätswerke Schönau, wie sie von den Umweltverbänden empfohlen werden. Eine Aktivistin der Potsdamer Seebücke berichtete von ihrer Arbeit und

wie sehr sich diese mit ökologischen Fragen verzahnt. Zum Abschluss trat noch einmal eine junge Musikgruppe auf. Die beiden Saxophonisten und der Keyboarder spielten exzellente Musik, auf dem Hausboot tanzten die jungen Greenpeace-Aktivisten dazu.

■ Marko Ferst

Der Kampf ums Wasser (Teil 1)

Der Begründung zur Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) entnehmen wir: „Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss ... es ist erforderlich, eine integrierte Wasserpolitik in der Gemeinschaft zu entwickeln.“

Ist doch selbstverständlich, sollte man meinen, ist doch Wasser als „freies Gut“ im doppelten Sinne frei. Frei, weil es Grundlage allen Lebens auf Erden ist, Niederschläge globalen Wasserkreisläufen unterliegen und die Verfügbarkeit von Wasser für das Leben auf dieser Erde, für Mensch und Tier, demzufolge doppelt frei sein muss. So empfinden wir es als Grundwert und so leichtfertig gehen wir in Deutschland mit seiner Verwendung um, auch noch 2019, nachdem wir bereits im Vorjahr eine ganzjährige Dürre bei einem Jahreshitzerekord erlebt haben (vgl. LIBELL Nr. 172, S. 4 „Der Kampf ums Klima – oder nach uns die Sintflut“). Doch ein erneuter Hitzesommer, der inzwischen unübersehbare Klimawandel und wiederkehrend veränderte Wetterlagen lassen uns nachdenklicher werden. Seit Jahren bereits lässt der Nordwestpassat in Mitteleuropa mit seinen ausgiebigen, oft tagelangen Landregen immer mehr auf sich warten. Das Übergangsgebiet in Mitteldeutschland, zwischen atlantischen maritimen Seeklima und europäischen Festlandklima gelegen, beginnt zu versteppen. Böden zehren aus. Frisch gepflügte Äcker lassen Sandstürme entstehen, hunderte von Jahren wiederkehrende Wetterlagen werden durch den Jetstream durcheinandergewirbelt. Neue Gezeiten, häufiger durch Unwetter und Starkregen lassen verheerende Springfluten entstehen, waschen Äcker aus. Wasser wird zur Naturgewalt und lässt Überschwemmungen, Sachschäden und zerstörte Siedlungen



Bewässerungsanlage im landwirtschaftlichen Bereich

Foto: www.Pixabay.com

zurück. Immer öfter wiederkehrend, in immer gleichen Landstrichen. Und auf der Gegenseite der Medaille: vertrocknende Wälder, verdorrte Ernten, ausgetrocknete Böden und ein dramatisches Absinken des Grundwassers. Kulturlandschaften in denen Jahr für Jahr weniger Niederschlag fällt und Wasser zur Kostbarkeit wird. Ostbrandenburg, Teile Sachsen-Anhalts und Mecklenburgs sowie Nordrhein-Westfalens sind besonders gefährdet.

Wasser als Geschäftsmodell?

Das muss Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Wasser und dessen Entnahme haben. Diese sind nicht zu leugnen, hier bedarf es menschengemachter Korrektur. Leiten sich daraus nicht Fragen ab, wie die Verfügbarkeit von Wasser zu verteilen wäre? Welcher Zweck rechtfertigt die Entnahme von Wasser und welcher Entnahmepurpose hat Priorität? Wasser ist Leben. Ergibt sich daraus ein Ansatz für ein Geschäftsmodell über die Lebensinteressen der Menschheit hinweg? Profit

vor Leben? Dieses Bestreben gewinnt an Fahrt, wenn Analysen und Prognosen an Bedarfszahlen gekoppelt werden. Laut World Resources Institute (WRI) haben sich „die Entnahmen von Trinkwasser seit den 1960er Jahren weltweit mehr als verdoppelt“¹. Es gibt kein Anzeichen, dass sich dieser Trend verlangsamen würde: Steigende Bevölkerungszahlen, Wirtschaftswachstum sowie der Trend zur Urbanisierung erhöhen den Wasserbedarf stetig. Weil vor allem in der Landwirtschaft mehr bewässert werden muss (?), kurbelt der Klimawandel den Verbrauch dabei noch zusätzlich an. In den Ländern der Sahel-Zone ist der Kampf ums Wasser bereits seit Jahren schon längst zur Überlebensfrage geworden. Ohne Wasser keine Nahrung, keine Erwerbsmöglichkeit, kein Leben. Die Zahl der Umweltflüchtlinge in Richtung Europa hat die Zahl der Kriegsflüchtlinge längst um ein Vielfaches übertroffen. „Was es bedeutet, wenn das Wasser ausgeht, konnten die Bürger von Chennai

jetzt erleben. Zwei Monate lang litt die indische Metropole unter Wasserknappheit. Täglich verkehrende Versorgungszüge mit etwa 2,5 Millionen Liter Wasser mussten die Stadt im Südosten des Landes versorgen. Weil es nur wenig regnete waren die Vorräte der 4,5-Millionen-Stadt nahezu erschöpft. Das Wasserwerk verteilte täglich Trinkwasser, stundenlang mussten Menschen Schlange stehen. Schulen blieben geschlossen, Hotels rationierten das Wasser.“² Ein uns fernes Szenario? Noch spricht bei uns niemand ernsthaft von Problemen in der Trinkwasserversorgung. Haben wir keinen Grund dazu? Andrew Steer vom WRI sieht das anders: „Die Knappheit von Wasser ist die größte Krise, über die niemand spricht.“³ 2018 lag in Deutschland der Pro-Kopf-Tagesverbrauch bei 127 Litern Leitungswasser, vier Liter mehr als im Vorjahr. Dabei liegt Deutschland in der WRI-Rangliste der gefährdeten Länder auf Rang 62, also in der Gruppe von Ländern mit mittlerem bis höherem Trockenheitsrisiko. Die Ressource Trinkwasser verknappt sich. Hinter ihr stehen gigantische Speichersysteme, weite Verteilungsnetze, Abwasserentsorgung und dessen Wiederaufbereitungssysteme. Das weckt Begehrlichkeiten!

Wasser als Gegenstand von Freihandelsabkommen?

Als am 17. Juli 2018 das Freihandelsabkommen JEFTA (Japan-EU Free Trade Agreement) von der EU und Japan unterzeichnet und im Dezember 2018 vom EU-Parlament ratifiziert wurde – der größte Handelspakt, den die EU jemals abgeschlossen hat – war plötzlich der Handel mit Wasser im Spiel. Die Mitspracherechte der nationalen Parlamente wurde dabei raffiniert umgangen. Als der Wasserdeal nach Anfrage der Linken ans Tageslicht kam, wurde eifrig abgewinkt. Der Wasserhandel sei auf der Negativliste des Abkommens enthalten und somit nicht Gegenstand des neoliberalen Handelsabkommens. Doch bei näherem Hinschauen fehlt die Abwasserentsorgung auf der Negativliste. „Das ist ein Einfallstor zur Privatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft – denn in Deutschland (wie in Österreich, Anm. d. Verfassers) sind Wasserversorgung und Abwasserentsorgung oft in der Hand derselben kommunalen Unternehmen“, kommen-



Abgeschlossener Wasserhahn in ausgetrockneter Umgebung

Foto: www.pixabay.com

tiert Felix Kolb von Campact den Deal. „Dass die Wasserversorgung auf der Liste steht, bedeutet zudem nicht, dass sie nicht privatisiert werden darf, sondern nur, dass bestimmte Verpflichtungen in dem Vertrag nicht auf das Wasser zutreffen“, erklärt Sven Giegold in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. „JEFTA befördert die Liberalisierung der Wasserversorgung und Abwasserversorgung. Wasser ist keine Handelsware, sondern ein öffentliches Gut. Es hat in einem Handelsvertrag nichts zu suchen. JEFTA missachtet das Subsidiaritätsprinzip in Europa. Handelsverträge sollen den Handel erleichtern, dürfen aber nicht in die Daseinsvorsorge eingreifen. JEFTA ist für die Daseinsvorsorge noch gefährlicher als CETA“⁴

Doch wie dem auch sei, seit Februar 2019 ist JEFTA ratifiziert und gilt auch in Deutschland sowie anderen EU-Ländern für kommunale Wasserbetriebe, Zweckverbände und Dienstleister. Das Unglaubliche daran ist nicht einmal mehr, dass nationale Parlamente diese Abkommen, einmal abgeschlossen, in Folge regulieren können. Sie unterliegen privater Rechtsprechung. Doch welchen Rechtsnormen wird diese folgen?

Um das Einfallstor der Abwasserentsorgung richtig zu erfassen, bedarf es einer näheren Betrachtung. Mit der weltweiten Verdopplung des Wasserverbrauchs kommt dem Umgang mit und der Wiederaufbereitung von Abwässern eine überragende Bedeutung für die

weltweite Wasserversorgung zu. Etwa 82 Prozent der Abwässer im Mittleren Osten und Nordafrika werden nicht wiederverwendet und nur 20 Prozent weltweit sachgemäß gereinigt. Aber mindestens zwei Milliarden Menschen nutzen Trinkwasser, das mit Fäkalien verunreinigt ist. „Zu wissen, dass täglich mehr als 1.500 Kinder unter fünf Jahren an den Folgen von verunreinigtem Wasser sterben, ist unerträglich.“⁵ Aber auch immer mehr Oberflächengewässer schlagen durch Überdüngung, illegale Entsorgung und Klimawandel um. Das Wasser wird dabei nicht nur vergiftet und der Wasserversorgung von Mensch und Tier entzogen, es reagiert auch aggressiv in Form von Bildung antibiotikaresistenter Keime, wie bereits in 2017 entnommenen Proben aus zwölf verschiedenen Badeseen, Flüssen und Bächen in Niedersachsen nachgewiesen. Vieles deutet darauf hin, dass die intensive Massentierhaltung in Niedersachsen die Ursache ist. „Die Erreger sind anscheinend in der Umwelt angekommen und das in einem Ausmaß, das mich überrascht“, so Tim Eckmanns vom Robert-Koch-Institut.⁶ Die Frage nach Wassersanierung und Abwasserentsorgung wirft dabei die Frage nach dem Lösungsansatz auf. Soll desinfiziert, getötet oder faules Wasser, anaerobes Abwasser, in lebendes aerobes Wasser gewandelt werden? (vgl. LIBELL Nr. 173, Humus ist Leben) Die weltweite Abwasserwirtschaft wählt noch immer den ersten Weg. Wird sie

neue Wege suchen? Oder geht es darum, immer aufwendigere und teure herkömmliche Verfahren zum profitablen Handelsgut werden zu lassen?

Lösungsansätze ändern

Die Wissenschaft drängt, den Weg des Lebens zu gehen! Den deutschen Umweltpreis 2018 erhielt ein interdisziplinäres Abwasserexpertenteam aus Leipzig. Dessen Leistung würdigte Alexander Bonde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), mit den Worten: „In wasserarmen Regionen verunreinigt meist Abwasser die ohnehin knappen Trinkwasserressourcen und macht die Menschen krank.“ Nehmen wir Jordanien, wo das Forschungsteam seine Feldversuche durchführte. Dort „ist der Schutz des Wassers eine Überlebensfrage. Mit ihrer Überzeugung, dass wirksamer Wasser-

schutz durch dezentrale Abwasserreinigung gelingt, hat das interdisziplinäre Expertenteam neuartige Systemlösungen in schwierigem politischen Umfeld entwickelt, konsensfähig gemacht und in die Praxis umgesetzt: Umweltschutz mit Hirn, Herz und Hand!“ . . . „Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UNO, bis 2030 die Verfügbarkeit und das nachhaltige Bewirtschaften von Wasser- und Sanitärversorgung für alle zu gewährleisten, rückten in immer weitere Ferne, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird. In Jordanien, einem der drei Länder, die weltweit am stärksten von Wasserknappheit betroffen seien und dessen Bevölkerung nicht zuletzt durch Flüchtlinge aus Syrien von 5,6 Millionen (2006) um fast 70 Prozent auf 9,5 Millionen (2016) angestiegen sei, fließen jährlich

alleine schon im ländlichen Bereich 45 Millionen Kubikmeter Abwasser direkt ins Grundwasser und verunreinigen es. Kanalnetze, wie in Deutschland üblich, existierten in Jordanien nur in den größeren Städten. Auch wenn die Nachteile langer Kanalnetze in städtischen Randbereichen und im ländlichen Raum, wie hohe Investitionen, Störanfälligkeit und fehlende Anpassungsfähigkeit an Siedlungsdynamiken, bekannt seien, finden international noch kaum dezentrale Alternativen einen Zugang zum Markt. Grund seien oft Wissenslücken und Unsicherheiten bei Entscheidungsträgern und Endnutzern.“⁷

Ähnliche Wege wie die Leipziger Preisträger des Deutschen Umweltpreises 2018 gehen kleine innovative Unternehmen, wie die Innoconcept GmbH (Strausberg) oder die Firma Roland

Werde Mitglied des Grüne Liga Brandenburg e. V.



Einzelmitglied	<input type="checkbox"/>	25,00 Euro / Jahr	oder ermäßigt	<input type="checkbox"/>	12,50	Euro / Jahr
Fördermitglied	<input type="checkbox"/>	ab 50,00 Euro / Jahr	Gruppenmitglied	<input type="checkbox"/>	75,00	Euro / Jahr

Vor- / Zuname*:

KontoinhaberIn*:

Adresse*:

Kreditinstitut*:

E-Mail-Adresse:

BIC*:

Telefon:

Geb.-Datum:

IBAN*:

*Pflichtangaben

Ich zahle per SEPA-Lastschrift und erteile eine Einzugsermächtigung bzw. ein SEPA-Lastschriftmandat für die:

Grüne Liga Brandenburg e. V. ,Lindenstraße 34, 14467 Potsdam

Ich ermächtige den Grüne Liga Brandenburg e. V. widerruflich, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem Grüne Liga Brandenburg e. V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für wiederkehrende Zahlungen. Die Mandatsreferenz-Nr. wird dem Kontoinhaber mit einer separaten Ankündigung über den erstmaligen Einzug des Lastschriftbetrages mitgeteilt. Die Einzugsermächtigungen / das SEPA-Lastschriftmandat kann jederzeit ohne Grundangabe schriftlich widerrufen werden.

Ich/Wir möchte(n), dass der Beitrag bis auf Widerruf von meinem/ unserem Konto abgebucht wird

Ich überweise den Jahresbeitrag auf das Konto des Grüne Liga Brandenburg e. V.

IBAN: DE22 1806 2678 0000 0550 00 BIC: GENODEF1FWA

Datum / Ort

Unterschrift

Hinweis: Satzung und Beitragsordnung sind auf unserer Internetseite www.grueneliga-brandenburg.de einzusehen.

Plocher GmbH (Meersburg), seit Jahren und können dabei auf erstaunliche Referenzen verweisen. Wird Deutschlands Zukunft in der Wasseraufbereitung auch in dezentralen Abwasserreinigungen liegen? Die Verbraucher fordern es seit Jahren. Gerichte wie der Bundesgerichtshof (BGH), der eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zur fehlenden Rechtmäßigkeit von Altanschließerbeiträgen aufhob, entscheiden dagegen. Im Konzert der Großen, die das Menschheitsproblem „Wasser“ lösen könnten, spielen innovative biotechnologische Lösungsansätze keine Rolle. Der Zweck neoliberaler Handelsabkommen wie JEFTA „liegt aber gerade darin, Profitinteressen über soziale und ökologische Erwägungen zu stellen“, kritisiert David Walch von Attac Österreich. Dazu führt er aus: „Zwischen Jänner (Januar, Anm. d. Red.) 2014 und 2017 fanden 190 Treffen der EU-Kommission mit Konzernlobby-

isten statt, dagegen kein einziges mit Gewerkschaften oder Klein- und Mittelständlern.“⁸

Als aber Lobbyisten im Herbst 2018 zum Sturm auf eine Aufweichung der EU-Wasserrahmenrichtlinie bliesen, um Wasser endgültig zum Handelsgut werden zu lassen, erhielten die Agrar- und Industriekonzerne vorerst eine Abfuhr. Die zu diesem Zeitpunkt laufende Befragung der EU-Bürger zur Wirksamkeit der Richtlinie und einen besseren Schutz unserer Süßwasser-Ökosysteme und des Nutzens für Natur, Gesellschaft und Wirtschaft, erlebte eine so große Beteiligung – allein über den BUND gingen 380.000 Botschaften an die EU – dass die EU-Kommission auf den Versuch die Transparenz der Entscheidung durch Ausgrenzung von NGOs zu untergraben, verzichtete. Bliebe zu hinterfragen, welche Folgen das zweite Dürrejahr 2019 für Brandenburgs Wasserbilanz haben wird.

(Fortsetzung im nächsten Heft)

■ Hans-Joachim Börner

Quellenverzeichnis:

¹ Aus: „Wasserverfügbarkeitsbericht“ World Resources Institute (WRI), Washington D.C. 2018

² „Geht uns das Wasser aus?“ Igor Steinfeld, MOZ vom 15.8.2019

³ Aus: „Wasserverfügbarkeitsbericht“ World Resources Institute (WRI), Washington D.C. 2018

⁴ Sven Giegold, EU-Abgeordneter Die Grünen, www.solidarwerkstatt.at, JEFTA, Einfallstor . .

⁵ Website DBU „Deutscher Umweltpreis 2018“, Laudatio Alexander Bonde

⁶ „Böser Verdacht keimt auf“, JW vom 07.02.2018

⁷ Begründung zum „Deutschen Umweltpreis 2018“, DBU, Alexander Bonde

⁸ JEFTA – Einfallstor zur Wasserprivatisierung, vgl.: www.solidarwerkstatt.at

VISIONEN HABEN

HANDELN ANREGEN

NETZWERKE KNÜPFEN

IM JAHR 1990 GRÜNDETEN UMWELTBEWEGTE EIN NETZWERK, DAS SEINE WURZELN IN DEN KIRCHLICHEN UMWELT- UND FRIEDENSGRUPPEN, STADTÖKOLOGIEGRUPPEN SOWIE VIELEN ÖRTLICHEN NATUR- UND UMWELTSCHUTZINITIATIVEN DER DDR HAT. DIE GRÜNE LIGA BRINGT DEN ERFAHRUNGSSCHATZ IHRER VORGESCHICHTE IN IHRE GRUNDSATZPOSITIONEN EIN: GRENZEN DER RESSOURCEN AKZEPTIEREN, REGIONAL UND TRANSPARENT ENTSCHEIDEN, STRUKTUREN VON UNTEN ENTWICKELN, DIE ERDE ALLEN GEBEN, VIELFALT BEWAHREN, WERTE NEU BESTIMMEN, GESCHICHTE BEGREIFEN, NEU DENKEN, KONSEQUENT TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNGEN FORDERN, DIALOGE ERMÖGLICHEN, ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN, KONFLIKTE OHNE GEWALT LÖSEN.

DIE GRÜNE LIGA VEREINT GRUPPEN, INITIATIVEN UND EINZELPERSONEN, DIE SICH GEMEINSAM AUF VIELFÄLTIGE ART UND WEISE FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ EINSETZEN. INNERHALB DIESES NETZWERKS WAHREN DIESE GRUPPEN IHRE EIGENSTÄNDIGKEIT UND IDENTITÄT. ZIEL DES NETZWERKS IST DIE REGIONALE SOWIE FACHLICHE KOORDINATION UND UNTERSTÜTZUNG VON AKTEUREN UND AKTIVITÄTEN. DIE FACHARBEIT IST IN ARBEITSKREISEN VERNETZT – STRUKTURELL HABEN SICH IN DEN FÜNF NEUEN BUNDESLÄNDERN UND IN BERLIN LANDESVERBÄNDE ZUSAMMENGESCHLOSSEN.

MAN KANN PROBLEME NICHT WEGREDEN; SIE MÜSSEN GELÖST WERDEN. DESHALB INITIIERT UND UNTERSTÜTZT DAS NETZWERK GRÜNE LIGA SEIT SEINER GRÜNDUNG PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN ZUM NATUR- UND UMWELTSCHUTZ. EINIGE BEISPIELE DAFÜR SIND: UMWELTERZIEHUNG MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN, UMWELTBERATUNG, NATUR- UND ARTENSCHUTZ, PROJEKTE UND AKTIONEN ZUR ABFALL- UND VERKEHRSVERMEIDUNG, LANDSCHAFTSPFLEGE, FÖRDERUNG VON NACHHALTIGER REGIONALENTWICKLUNG, FÖRDERUNG DES SANFTEN TOURISMUS UND ZU LOKALEN AGENDEN. DIE GRÜNE LIGA SUCHT IN IHRER ARBEIT DAS ZUSAMMENGEGANGEN MIT GLEICHGESINNTEN MENSCHEN, INITIATIVEN UND VEREINEN.

Impressum

Herausgeber und Verleger:
Grüne Liga Brandenburg e. V.
Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam
Tel.: 0331 - 20155 20
Fax: 0331 - 20155 22

libell@grueneliga-brandenburg.de
www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Felix Buschmann, Christine Titel,
Michael Ganschow,
Kathrin Fahrrenz Dipl.Fh Design
Erscheinungsweise: quartalsweise

Preis: 1,00 Euro

bei Mitgliedern im Beitrag enthalten

Auflage: 1.000 Exemplare

Bankverbindung:

Inhaber: Grüne Liga Brandenburg e. V.

VR Bank Lausitz

IBAN

DE13 1806 2678 0200 0550 00

BIC: GENODEF1FWA

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge müssen nicht die Meinung
der Redaktion wiedergeben.

Nachdruck und Weiterverbreitung
der Texte nur mit vorheriger
Genehmigung der Redaktion.